

Danziger Volksstimme

mit „Volk und Zeit“ 20 Pfennige

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 105

Donnerstag, den 7. Mai 1925

16. Jahrgang

Bezugspreis monatlich 2,50 Gulden, wöchentlich 0,40 Gulden, in Deutschland 2,00 Goldmark, durch die Post 2,50 Gulden monatlich. Einzelhefte: die 2-geheft. Seite 0,30 Gulden, Monatshefte 1,50 Gulden, in Deutschland 0,80 und 1,50 Goldmark. Abonnements- und Inseratenaufträge in Polen nach dem Danziger Tageskurs.

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6
Postfachkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720
für Anzeigen-Aufnahme, Zeitungsbekleidung und Druckarbeiten 3290

Die Verhandlungen über den Sicherheitspakt.

Eine Antwort Briands auf Stresemanns Vorschläge bevorstehend.

Die durch die Wahl Hindenburgs erneut unterbrochenen englisch-französischen Verhandlungen über die Frage der deutschen Entlassung und im Zusammenhang damit über die Räumung von Köln haben in den letzten Tagen wieder größere Aktivität angenommen. Eine definitive Einigung darüber scheint allerdings noch nicht erzielt zu sein. Die englische Regierung wünscht nach den hier aus London vorliegenden Meldungen, daß die an Deutschland zu richtende Note so kurz wie möglich sei und sich lediglich darauf beschränke, die von der Kontrollkommission festgestellten Verfehlungen anzuführen mit dem ausdrücklichen Hinweis darauf, daß, sobald die Verfehlungen wieder gutgemacht seien, nicht nur die Kölner Zone unverzüglich geräumt, sondern auch die internationalisierte Kontrollkommission durch Überwachungsorgane des Völkerbundes ersetzt werden solle. Nach der Auffassung der englischen Regierung sei es ferner nicht notwendig, Deutschland für die Durchführung der ihm auf dem Gebiete der Abrüstung noch obliegenden Maßnahmen eine bestimmte Frist zu stellen. England wünsche vielmehr, daß Deutschland die Möglichkeit erhalte, sich so rasch wie möglich mit den Bedingungen, von denen der Friedensvertrag die Räumung von Köln abhängig macht, in Einklang zu setzen. In Paris, wo das Mißtrauen gegen die deutschen Absichten seit der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten größer denn je ist, scheinen diese englischen Vorschläge jedoch einwärtigen noch auf starken Widerstand zu stoßen.

Nach dem „Matin“ ist die Fertigstellung der französischen Antwort auf das deutsche Garantieangebot noch im Laufe dieser Woche zu erwarten; ihr Text, der von Briand stammt, soll sehr erheblich abweichen von dem Wortlaut, den noch Herriot ausgearbeitet hatte. Die Hauptschwierigkeiten, schreibt das Blatt, liegen in der Frage, welche Verpflichtungen Deutschland für seine Obergrenzen zu übernehmen bereit ist. Das von der deutschen Regierung seinerzeit überreichte Memorandum enthalte darüber keinerlei genaue Aufklärung, da Stresemann sich lediglich zum Abschluß von Schiedsgerichtsverträgen mit den in Frage kommenden Ländern bereit erklärt hatte. Die Eröffnung direkter Verhandlungen könne erst in Frage kommen, wenn eine Verständigung darüber zustande gekommen sei, daß das Schiedsverfahren sich nicht auf eine Veränderung der Grenzen erstrecken dürfe und daß über territoriale Status quo ausdrücklich als unantastbar bezeichnet werde. Die Note wird vor ihrer Abendung den alliierten Kabinetten mitgeteilt werden.

Dazu schreibt der „Vorwärts“: Es bleibt abzuwarten, ob sich diese Darstellung des „Matin“ bestätigt. Eine solche Antwort Frankreichs würde natürlich die Aussichten auf das Zustandekommen eines Sicherheitspaktes außerordentlich verringern, denn eine nochmalige, ausdrückliche und freiwillige Anerkennung der deutschen Obergrenzen kommt für keine deutsche Regierung in Frage. Damit würde die französische Regierung lediglich beweisen, daß ihr die militärische Bündnispolitik mit Polen, die angeblich für die Sicherheit Frankreichs unentbehrlich ist, höher steht als die eigentliche und beste Sicherheitsgarantie, die Deutschland bieten kann, nämlich die freiwillige Anerkennung seiner Westgrenze. Ein solcher Ausgang der Angelegenheit würde vor allem die Deutschnationalen in höchstem Maße befriedigen und ihnen aus ihrer Verlegenheit heraushelfen.

Indessen sind Zweifel an der Richtigkeit dieser Version des „Matin“ insofern berechtigt, als es kaum anzunehmen ist, daß Briand die Antwort seiner Regierung ohne Fühlungnahme mit Chamberlain erteilen wird. Eine solche Antwort würde aber den diplomatischen Absichten der englischen Regierung zweifellos widersprechen.

Im englischen Parlament antwortete auf eine Anfrage, wann es beabsichtigt sei, die deutsche Regierung über die Verfehlungen gegen die Abrüstungsklausel des Versailler Vertrages zu benachrichtigen, Chamberlain. Er hofft, daß die Alliierten sehr bald in der Lage sein werden, der deutschen Regierung eine Note über diese Angelegenheit zu überreichen. Er könne jedoch keine Andeutung über das genaue Datum geben. — Captain Wedgwood Benn fragte, ob der Note eine Darstellung beigelegt werde, aus der Einzelheiten über die Fälle der deutschen Verfehlungen hervorgehen; hierauf antwortete Chamberlain, daß dies höchstwahrscheinlich der Fall sein werde und er hoffe, daß die Note schnellstens überreicht und alsdann nach der Ueberreichung veröffentlicht würde. Auf eine weitere Frage des Arbeiterführers Ponsonby, ob Chamberlain irgendwelche Andeutungen über den Grund der langen Verzögerung machen könne, antwortete Chamberlain: Verschiedene Umstände hätten dazu beigetragen, und die Tatsachen hätten genaue Berücksichtigung erfordern. Chamberlain erklärte ferner, er wolle einen Teil der Verantwortung an der Verzögerung auf sich nehmen. Die letzte Vorkonferenz habe die Angelegenheiten nicht beraten können, weil der englische Botschafter in Paris von ihm, Chamberlain, keine Instruktionen erhalten habe.

Die Münchener Museumsfeier.

Der offiziellen Eröffnung des Deutschen Museums ging am Mittwoch die Eröffnung des Vorstandsrates und des Ausschusses des Museums voraus, die zwar alljährlich stattfinden, aber dieses Jahr mit besonderer Feierlichkeit abgehalten wurde. An der Spitze der Regierung und sämtlichen Regierungen der deutschen Länder — die bayerische Regierung war vollständig vertreten — sah man unter den ausländischen Vertretern u. a. Sven Hedin, dann offizielle Vertreter der Regierungen von Österreich, Ungarn und der Schweiz, ferner Gerhart Hauptmann, Richard Strauß, Dr. Scherer. Außerdem waren naturgemäß eine Reihe der hervorragendsten Führer der Wissenschaft, der Technik und der deutschen Industrie anwesend. — Aus dem Verwaltungsbereich ist zu erwähnen, daß zur letzten Vollversammlung des Vorstandes insgesamt 280 Tausend Stimm.

Waggons Zement, 200 Waggons Kalk und Gips und 700 000 Stück Feuersteine sowie etwa 1000 Kubikmeter Holz verwendet wurden, die zum allergrößten Teil auf dem Wege freiwilliger Stiftungen angebracht wurden. Am Bau des Museums waren im Durchschnitt der Währigen Bauzeit rund 3000 Ingenieure, Techniker und Arbeiter beschäftigt mit insgesamt 10 Millionen Arbeitsstunden. Für den zweiten Teil des Museums liegen die Pläne bereits fertig vor. Es handelt sich um ein großes Gebäude mit einer umfassenden technischen Bibliothek, für die heute bereits 95 000 Bände vorhanden sind, ferner einer Sammlung von Urkunden, Plänen, technischen und wissenschaftlichen Filmen usw., die den Besuchern des Museums zur Verfügung stehen. Dadurch soll erreicht werden, daß die Besucher das Museum nicht mit dem offenen Mund des Bewunderers, sondern mit den offenen Augen des Verstehens verlassen. Dafür v. Miller erläuterte diese Pläne eingehend in der Ausführungsphase.

Dem Schöpfer des Museums, v. Miller, wurden im Laufe der Sitzung zahllose Ehrungen zuteil.

Deutschnationale Bilanz.

Ein Jahr Verantwortung.

Ein Jahr ist seit dem Wahlerfolg der Deutschnationalen vom 4. Mai im Reich vergangen. Sie sind nach diesem Wahlerfolg in die Reichsregierung eingetreten und haben die Verantwortung für die Reichspolitik auf sich nehmen müssen. Was ist von ihren Zielen, ihren Wahlversprechungen, von den Illusionen, die sie in verantwortungsloser Agitation als Oppositionspartei bei ihren Wählern hervorgerufen haben, übrig geblieben?

In der „Deutschen Zeitung“ gibt ein Deutschnationaler selbst darauf die Antwort:

„Laut, scharfgefaßt und unmissverständlich waren die deutschen und nationalen Grundforderungen der Deutschnationalen Partei all den Jahren der ausdehrenden Internationalisten und ihren Schülern entgegengekehrt worden, u. a.: Befreiung von Rhein und Ruhr, Revision des Versailler Vertrages, Zurückweisung des Dawes-Guthachten und des Londoner Abkommens, Kampf gegen die Erfüllungspolitik überhaupt, Kampf besonders gegen die Kriegsschuldfrage, Verweigerung des Eintritts in den Völkerbund.“

So waren sie noch vor einem Jahr die Vorkämpfer nationaler Ehre und Selbstbestimmung. Was ist von jenen Kampfzielen, von jenem trotzigem Nein und aber Nein heute übrig geblieben? Wahrscheinlich gibt es nur eine Antwort: Ein Berg von Scherben.“

Französische Gelüste auf Marokko.

Neue schwere Kämpfe mit den Rifstämmen bevorstehend.

Im Widerspruch zu der noch zu Beginn dieser Woche von amtlicher französischer Stelle erfolgten Ablehnung scheint Frankreich die durch die Offensive Abdel Krims in Marokko geschaffene Situation sich zunutze machen zu wollen, um sich in den Besitz der im Abkommen von 1912 den Spaniern zugesprochenen südlichen Zone zwischen Tetuan und Melilla zu setzen. Abdel Krim, dem Führer der im Rif ansässigen Stämme, ist es bekanntlich gelungen, die von Primo de Rivera selbst geführten spanischen Truppen aus der Rifzone zu vertreiben und die Spanier auf die unmittelbare Umgebung der Städte Ceuta und Tetuan im Westen und auf die Gegend von Melilla im Osten der Küste zurückzudrängen. Frankreich beruft sich nun neuerdings auf eine Klausel des Marokko-Abkommens vom Jahre 1904, aus der es für sich das Recht ableitet, im Interesse der militärischen Sicherheit die von den Spaniern geräumten Gebiete zu besetzen. Allerdings dürfte die von dem Marschall Lyautey befehligte französische Operationsarmee bei einem Versuche dieser Art mit dem erbittertesten Widerstand der ungenügend kampferprobten Stämme des Rif zu rechnen haben. Abdel Krim, der nicht nur über zahlreiche Artillerie und andere Kampfmittel der modernen Kriegstechnik, sondern außerdem auch über eine Anzahl von Flugzeugen verfügt, soll entschlossen sein, die Unabhängigkeit des Rif, zu dessen Entlasten er sich bereits vor Monaten hat anrufen lassen, bis zum letzten Mann zu verteidigen, so daß dieses neue kriegerische Abenteuer, in das Frankreich durch seine militärischen Führer hineingezogen zu sein scheint, dem Lande sehr teuer zu stehen kommen kann.

Krise in der österreichischen Regierungskoalition.

Es mehren sich die Anzeichen für den drohenden Zerfall der christlichsozial-großdeutschen Koalition und damit das Ende des Kabinetts Ramek. Bekanntlich schweben zwischen den beiden Regierungsparteien Verhandlungen über eine Vereinfachung der Verwaltung. Die christlichsozialen Vertreter der Bundesländer streben mit aller Energie eine Verringerung der Macht der Staatsverwaltung an. Sie fordern die Uebernahme des größten Teiles der Bundesbeamtenschaft in die Verwaltung der Länder, um dadurch die Zentralregierung so ziemlich auf allen Gebieten anzuschließen. Dieses Verlangen steht mit dem zwischen Christlichsozialen und Großdeutschen abgeschlossenen Koalitions-

„Grell trat bei dem Siamesischen Handelsvertrag hervor, wie man sich im eigenen Netz rettungslos verstrickt hatte. Von der Kriegsschuldfrage ist es völlig still geworden über den Gewässern; so still, als sähe nicht ein einziger nationaler Mann in der Regierung. Es folgte das schmachvolle Garantieangebot, die freiwillige Bekämpfung und Verewigung des Versailler Zwangsfriedens. Wieder einmal machen wir größte Einräumungen, sprechen unerträgliche Verzichte aus, ohne irgend etwas anderes dafür einzutauschen als vage Aussichten, eitle Hoffnungen, bestenfalls billige Versprechungen. Auch diese neueste Leistung von Herrn Stresemann hat kaum mehr als ein Murmeln der Unzufriedenheit von Seiten der durch eigene Schuld und Schwäche gebundenen Partei ausgelöst. Und doch ist das nicht die bloße Fortsetzung der Wirth-Maximilian-Erfüllungspolitik, sondern eine Steigerung, ihr Komparativ, wie ihn vielleicht kein deutscher Außenminister ins Werk zu setzen gewagt hätte, solange die Deutschnationalen in Opposition der Regierung fern und gegenüber standen.“

Eine melancholische Bilanz! Der Kritikerschreiber der „Deutschen Zeitung“ spricht von einer Selbstmord nationaler Opfer, alles ohne den geringsten Gegenwert, „ein großer Aufwand schmachvoll ist vertan.“

Das, was von den Parteien der Weimarer Koalition, vor allem von der Sozialdemokratie, in verantwortlicher Arbeit gegenüber der verantwortungslosen Opposition der Deutschnationalen geschaffen worden ist, hat sich als lücker und dauerhafter erwiesen, als die deutschnationalen Agitationsphrasen. Es hat die Deutschnationalen gezwungen, ihre Illusionen und ihre demagogischen Versprechungen selbst zu erledigen. Mögen sie bestreuen ein Jahr nach ihrem Wahlerfolg vom 4. Mai eine melancholische Bilanz aufmachen: wir sehen nun so festgefahrener in die Zukunft.

Die nächste Völkerbundstagung.

Im Auftrage des gegenwärtigen Präsidenten des Völkerbundesrates hat der Generalsekretär des Völkerbundes Eric Drummond die neue Völkerbundversammlung auf Montag, den 7. September 1925 nach Genf einberufen. Auf der Tagesordnung dieser Versammlung stehen hauptsächlich folgende Fragen: Das Genfer Protokoll betreffend die schiedsrichterliche Regelung internationaler Konflikte; der Geschäftsbericht über die seit September 1924 vom Völkerbundrat und vom Sekretariat geleisteten Arbeiten des unter den Auspizien des Völkerbundes vorgenommenen Sanierungswerkes in Österreich und Ungarn; endgültige Erledigung der Jahresrechnungen für 1924 und Festsetzung des Voranschlags für 1925, Neuregelung der Verteilung der Kosten des Völkerbundes unter die Mitgliedsstaaten, evtl. bedeutende Erhöhung der Kredite für den Bau eines Versammlungsgebäudes für die Völkerbundversammlung; Wahl der sechs nicht ständigen Mitglieder des Rates und schließlich Prüfung evtl. noch einlaufender Gesuche für die Aufnahme neuer Mitglieder.

abkommen in Widerspruch und die großdeutsche Partei hat sich die Regierung darüber nicht im Zweifel gelassen, daß sie, falls die christlichsozialen Ländervertreter auf ihrem Standpunkt beharren, ihre Vertreter aus der Regierung zurückziehen müßten. Man nimmt in unterrichteten Kreisen an, daß auf die Ländervertreter ein genügend starker Druck ausgeübt werden wird, um sie zum Aufgeben ihres Standpunktes zu bewegen.

Im Laufe des gestrigen Tages fanden zwischen den Führern der Mehrheitsparteien Besprechungen statt, um in den Meinungsverschiedenheiten zwischen den Großdeutschen und den Christlichnationalen über das vom Bundeskanzler Ramek für die Länderkonferenz vorgeschlagene Programm eine Verständigung zu erzielen. Mittags besuchte sich der großdeutsche Abgeordnetenkreis mit dieser Frage und kam zu dem Schluß, daß alle Bedingungen des Völkerbundesrats für die Erleichterung späterer Aufhebung der Kontrolle erfüllt werden müßten, daß es aber nicht notwendig sei, so weit zu gehen, wie es die Vorschläge des Bundeskanzlers tun. Trotz der Stellungnahme der Großdeutschen trat in parlamentarischen Kreisen noch eine Vereinbarung in den gegenseitlichen Standpunkt ein und somit wird die Bemerkung eines Bruches der Koalitionsregierung erwartet.

Die belgischen Regierungsverhandlungen in der Schweiz.

Außerlich gesehen, ist die belgische Regierungskrise in den letzten Tagen nicht vom Fleck gekommen. Der König hat auch keine weiteren Unterredungen mit Politikern gehabt. Um so eifriger wird aber hinter den Kulissen gearbeitet. Es ist nicht unmöglich, daß sich die Krise ihrer Entscheidung nähert. Manche Vorgänge lassen den Schluß zu, daß ein Ministerium Sonderverhalte wieder sprudeln werden könnte. Namhafte katholisch-demokratische Führer zeigen Neigung, sich dem Unvermeidlichen zu fügen und bei den Sozialisten neuerdings Fühlung zu suchen. Am langwierigsten können sie sich allerdings mit der Bedingung der Sozialisten, daß sie den Ministerpräsidenten stellen müssen, abfinden. Falls es zu einer Einigung zwischen den Sozialisten und den christlichen Demokraten kommt, dann wollen die letzteren den Bruch mit der katholischen Partei wenigstens äußerlich dadurch vermeiden, daß sie sich von ihrer Partei formell die Erlaubnis zu dieser Politik geben lassen, was die Partei ohne die Gefahr einer sofortigen Spaltung nicht verweigern könnte.

Der englische Sozialismus.

(Von unserem Londoner Korrespondenten.)

Die Bedeutung der jährlichen Parteitage der Independent Labour Party, die in ausführlichen Berichten und Polemiken der gesamten Weltpresse zum Ausdruck kommt, liegt nicht in der Anzahl der Mitglieder, die in dieser Partei organisiert sind. Wenn auch die I.L.P. nach den Worten ihres jugendlichen Vorsitzenden Clifford Allens ein wahres Reformjahr hinter sich hat, das in einem Zuwachs von nicht weniger als 200 Ortsgruppen in Erscheinung trat, so bleibt dennoch die Tatsache bestehen, daß die Mitgliederzahl der I.L.P. höchstens 2 Prozent des Mittelstandes der gesamten Arbeiterpartei Großbritanniens, in die sie organisch eingegliedert ist, erreicht. Aber diese 2 Prozent stellen — das kann und wird von niemand in Frage gestellt — die Avantgarde der englischen Arbeiterbewegung dar. Die große zahlenmäßige Stärke der Labour Party, die Millionen ziffer ihrer Mitglieder, zeigt unter dem Gesichtswinkel der sozialistischen Idee gesehen, zweifellos auch die Schwäche der Labour Party: die Millionen, die nur deshalb Mitglieder der Arbeiterpartei sind, weil ihnen zugleich mit der Zugehörigkeitskarte zu einer der 120 (!) bestehenden britischen Gewerkschaften auch eine Mitgliedskarte der Arbeiterpartei in die Hand gedrückt worden ist, sind keineswegs im Sinne der kontinentalen Arbeiterpartei „organisierte Sozialisten“. Ihre Hauptaufgabe ist, durch Bezahlung der Beiträge den politischen Kampf der Labour Party im Unterhaus, Wahlkämpfe, Propaganda usw. zu finanzieren, während das Eigenleben der Ortsgruppen, am kontinentalen Maßstab gemessen, vieles zu wünschen übrig läßt.

Um so lebhafter aber ist dieses Eigenleben der Ortsgruppen, das persönliche Zusammengehörigkeitsgefühl, das Ringen um geistige Klärung, die unmittelbare lokale Propagandaarbeit in der I.L.P. Sie stellt die fähigsten Agitatoren. Von 115 Abgeordneten der Arbeiterpartei im Unterhaus sind 106 Mitglieder der I.L.P. Dierher strömen die zahlreichen Rekruten der sozialistischen Bewegung, die aus dem bürgerlichen Lager kommen. Hier wird das Ringen nicht nur um eine erfolgreiche Interessenspolitik der Arbeiterklasse, sondern um die sozialistische Vermittlung mit dem höchsten Ernst und einer Art von religiöser Hingebung geführt.

Auf dem Kontinent, wo man vielfach noch Vertriebsvorstellungen von der englischen Arbeiterbewegung hat, dürfte in solchem Zusammenhang zweifellos die Frage nach der Bedeutung der „Föderation“ und der „Socialdemocratic Federation“ mit Hinblick auf diese Ideen gestellt werden. Wie die Dinge heute stehen, und diese beiden Gesellschaften mehr oder minder praktisch bedeutungslos geworden. Diese, die I.L.P., ist in einem doctrinären, wissenschaftlichen Marxismus (den niemand so wahr wie Marx selbst abgelehnt hätte) festgeblieben und hat es deshalb nicht verstanden, die Herzen der englischen Arbeiter zu erobern, während die Föderation sich zu sehr ein gutteilweises Ziel gesetzt hat, als daß sie ihren Einfluß auf die in die Breite und Tiefe gehende englische Arbeiterbewegung hätte ausbreiten können. Ihre Bedeutung ist hauptsächlich historisch.

Die I.L.P. hat die Erbschaft aller fortschrittlichen sozialistischen Gruppen angetreten und hat alle zum Sozialismus herüberkommene Intellektuellen an sich gezogen: sie ist heute der Leiter, an dem die Einheitsfrontsicherung und der Stand der englischen Arbeiterbewegung abgelesen werden kann. Das die I.L.P. heute vertritt, was sie denkt und als Ziel hat, das politische Handeln ihrer Mitglieder anstellt, das ist nach den Erfahrungen der jüngsten Jahre die Gesamtpolitik der Labour Party von morgen. Darum kommt den I.L.P.-Parteitagen eine weit über ihre Mitgliederzahl hinausgehende Bedeutung zu.

Was hat nun der Parteitag, der zu Osneston in Gloucester im Schatten eines uraltigen gotischen Hauses abgehalten werden ist, gebracht? Zunächst eine Entschiedenheit für alle, für alle diejenigen, die ernstlich handeln, die sich hier vernünftige kritische Stimmung gegenüber der Tätigkeit der Regierung Macdonalds wurde sich in herausragender Weise ausprägen und einen tiefen Riß in der Partei und damit in der englischen Arbeiterbewegung überhaupt einbringen. Dies Schicksal ist vermieden worden: Macdonald, der demontiert gegenüber rückwärts unter dem Druck der I.L.P. war, wurde sofort anlässlich des Parteitags über das vergangene Jahr von den britischen Sozialisten (den sogenannten Einheitsfrontisten) nicht gerade sehr angetrieben, im wesentlichen aber überredet, daß das Gefühl des Parteitags für das Wohlbefinden der I.L.P. und die Mitglieder der I.L.P. Die in dieser Richtung an maßgebender Stelle gestanden haben, die Kritik ist das letzte eine Reorganisation, die Macdonald an den Vorständen der Arbeiterbewegung beschleunigt, allerdings ohne viel Begeisterung, angenommen wurde. Im übrigen wurde sich der Kongress

von der anfruchtbarer Polemik über Vergangenes ab und den Zukunftsaufgaben des englischen Sozialismus zu.

Es muß aber um der historischen Wahrheit willen festgestellt werden, daß das alte Gefühl der Herzlichkeit, der jubelnden Verehrung, die Macdonald früher im Kreise seiner I.L.P. bei jeder Gelegenheit umbrachte, einem tieferen Gefühl des Respekts, der Disziplin gemichen ist und daß Macdonalds Unabstimmigkeit gegenüber jeglicher Kritik, sowohl in den letzten Monaten im allgemeinen als auf dem Parteitag im besonderen, nicht gerade geeignet war, die alten Beziehungen wieder herzustellen. Macdonald ist zweifellos die überragende Gestalt der englischen Arbeiterbewegung, er stellt zweifellos auch heute noch in seiner Person die Politik der Gesamtpartei am glücklichsten dar, aber er ist mehr und mehr vom Geiste einer selbstgewollten Einseitigkeit umgeben, die ihm vieles von seinem alten Einfluß, von seiner alten Führerschaft, genommen hat. Würde morgen Labour wieder zur Regierung berufen, so ist es mehr als zweifelhaft, ob er zum zweiten Male mit Zustimmung aller maßgebenden Instanzen der Arbeiterbewegung Premierminister werden könnte. Das ist eine persönliche Frage, allerdings. Aber persönliche Fragen spielen in der Politik dieses Landes eine so viel größere politische Rolle, als auf dem Kontinent, daß es hiesig, eine falsche Darstellung zu geben, wollte man auf die Feststellung solcher Entwicklungen verzichten.

Kritik an der Partei?

Von Kurt Großmann.

Der Fall Kahn, der sich für die Einheitsbewegung in Danzig in höchst unerquicklicher Weise auswirkte, wie es die „Danziger Volksstimme“ vom 5. Mai bereits behandelt hat, erscheint mir wertvoll genug, um eine grundsätzliche Frage aufzuwerfen, wieweit man in der Kritik an der Partei, deren Ziele und Grundfragen man sich als Mitglied unterwerfen hat, gehen kann.

Zunächst ist prinzipiell zu unterscheiden zwischen den das Bürgerium vertretenden Parteien und den Parteien des Proletariats. Bei den ersten legt man auf eine Disziplin darum zu geringen Wert, weil man Anhänger der Individuallehre ist, während die Sozialistische Partei auf dem Boden der kollektivistischen Weltanschauung steht. Das bedeutet aber mit anderen Worten: jede Genialität hat sich dem Allgemeinwohl unterzuordnen. Deswegen, wie im Falle Kahn nach seiner Einleitung immer anzudeuten verhielt, darf im Interesse der sozialistischen Bewegung nicht bestritten werden, daß die Partei „richtig“ ist in der Arbeit an dem eigenen Reichthum. Gemeint ist hier der Mut zum Eingeständnis eigener Fehler, der Verzicht auf jene abgemessenen Ideologien, wie sie das Bürgerium geschaffen: die äußeren Forderungen, das im Vordergrund stehen u. a. m.

Was man sich das Übernehmende zu eigen, so kommt man meines Erachtens auch zu den Normen, in deren Rahmen sich die Kritik an der Partei abspielen hat. Sicherlich will die Partei keine geistige Unterdrückung, denn eine solche würde im Widerspruch zu ihrem Grundgesetz. Sie kann es aber auch nicht zulassen — und das muß mit aller Schärfe heute zum Fall Kahn gesagt werden —, daß ein Einziger sich in ganz unbedingter Weise über Beschlüsse und Anordnungen der Partei oder mehr Parteigenossen hinwegsetzen will. Hier muß eben die Disziplin gefordert werden, von der solche Leute vom Schicksal Wilhelm Kahns so gerne reden, wenn es gilt, ihre Ansichten mitzuvortragen. Die Partei muß selbstverständlich jedem Genossen Gelegenheit geben, seine Meinung zu äußern, seine Ansicht zu vertreten. Entscheidend ist aber die Mehrheit gegen die Ansicht eines einzelnen, so muß er sich fügen. Das ist Demokratie.

Wenn heute Kahn besagte Übergriffe, den kräftigen Versuch zu machen, die Arbeiterbewegung durch Gründung einer neuen Partei zu revolutionieren, so ist das nicht nur kräftlich zu nennen, sondern als eine Intention zu bezeichnen, gegen die wir alle zur Wehr setzen, die im fundamentalen Sinn arbeiten. Die unbedingte Intelligenz Kahns mit wirtschaftlicher Schwere ist kein Vorwand für ihn, daß zum Parteischicksal zu machen. Er beweist damit — was im übrigen schon wiederholt hier angedeutet wurde —, daß es ihm an einer schlichten Kritik an der Partei nicht gelegen hat. Die Sozialisten und Sozialisten, die sich von ihm blenden lassen, haben gemeint, wenn sie nicht der Bewegung Schaden wollen, dann ist in Danzig in diesem Kampf für den Fortschritt der Arbeiterbewegung aller Kräfte zu einheitlichem Aufbruch zu sein.

Somit die Kommunisten. Die Parteien beschäftigen sich mit der Partei für die am kommenden Sonntag in Danzig stattfindenden Parteitagstreffen. Die Kom-

mitäten haben in alle ihre Kandidaten zugunsten der Sozialisten zurückgezogen und in Paris bei 81 Stichwahlen nur sechs eigene Kandidaten aufrecht erhalten, in den übrigen Wahlbezirken jedoch ihre Anhänger aufgefördert, zugunsten der Kandidaten des Kartells der Linken, hauptsächlich zugunsten der Sozialisten zurückzutreten.

Keine Beteiligung des Reichsbanners am Hindenburg-Einzug

Der Bundesvorsitzende des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Oberpräsident Hering, veröffentlicht einen Artikel, in welchem er sich mit der Frage der Beteiligung des Reichsbanners an den Einzügen für den neu gewählten Präsidenten beschäftigt. Hering kommt zu dem Schluß, daß es sowohl innen- als außenpolitisch nicht tragbar sei, wenn das Reichsbanner sich in Reich und Glied mit den schwarz-weißen Organisationen stelle. Das Fernbleiben des Reichsbanners beim Einzug des Reichspräsidenten ist keine Spitze gegen Hindenburg. Die Arrangements und Teilnehmer der Empfangsdemonstrationen seien derart, daß das Reichsbanner die vorgesehene Spalierbildung nicht als eine Ehrung des neu gewählten Reichspräsidenten, sondern nur als eine private monarchistische Kundgebung der Republikfeinde ansehen könne. Deshalb lehne das Reichsbanner jede Teilnahme daran ab.

Bevorstehende Amnestie im Reich?

Ein Berliner Spätabendblatt mußte gestern von Verhandlungen über eine größere Amnestie am Tage der Eröffnung des neuen Reichspräsidenten zu berichten. Das „Tageblatt“ glaubt diese Nachricht insofern bestätigen zu können, als innerhalb des Reichskabinetts dieser Gedanke erörtert worden sei. Zu der von dem Spätabendblatt gemachten Bemerkung, daß die Amnestiefrage zwischen den verschiedenen Fraktionen unverbündelt besprochen worden sei, erklärt das „Tageblatt“, daß es sich vorläufig nur um Besprechungen innerhalb des Reichsbundes zu handeln scheine, da die demokratische Reichstagsfraktion und auch die beiden anderen Fraktionen des Volksblocks bisher mit dieser Frage noch nicht befaßt worden seien.

Deutschland, mach's nach!

Aus einer amtlichen Mitteilung des Ministerrats in Belgrad geht hervor, daß der ältere Bruder des Königs von Serbien, der einstige Kronprinz, angeblich aus Gesundheitsrücksichten aus der Hauptstadt Belgrad verbannt worden ist, wobei seine ständige Überwachung, wie bisher, auch in seinem neuen Wohnort, der einstweilen verbleiben wird, beibehalten wird. Ueber die wahren Gründe, die zu diesem außergewöhnlichen Schritt der jugoslawischen Regierung gegen den bereits vor dem Kriege wegen übertriebener Kriegshetze und ungewöhnlich rücksichtslosen Benehmens des Kronen als verurteilt erklärten Prinzen geführt haben, ist noch nichts bekannt.

Auch für gewisse deutsche Potentaten und deren Schwestern wäre die von den Serben angewandte Methode die praktikable. Statt dessen seien unsere Bürger mit Männerholz die Gaden zusammen, wenn irgendwo ein großmäuliges Herrscherherrscher auftaucht.

Die Bismarckgebühren als Staatsentnahme. Ueber die Verhandlungen wegen Aufhebung des Bismarckwanges im Verkehr zwischen Deutschland und Oesterreich, wozu sich der österreichische Gesandte in Berlin, Nibel, gestern nach München begab, verlautet, daß die Schwierigkeiten lediglich hinsichtlich der Frage der Gebühren bestehen. Oesterreich könne auf diese Gebühren, die im Budget namhafte Akkordposten bilden, nicht verzichten, man sei aber zu jedem Entgegenkommen bereit.

Steigender Einfluß der Sozialdemokratie in Polen. Ebenfalls wie in Sosnowice, brachten auch die Gemeinderatswahlen in Dombrowa, dem zweiten Hauptort des kongresspolnischen Kohlenreviers, der Sozialdemokratie einen durchschlagenden Erfolg. Sie errang 18 von 30 Sitzen, während die vereinigten Rechtsgruppen nur sechs Sitze erlangen konnten.

Nachlass an den Kapp-Putsch. Vor dem Elberfelder Schwurgericht fand jetzt ein grandioser Akt aus der Zeit des Kapp-Putsches im März 1920 seine Sühne. Der former Müller aus Remscheid hatte einen gefangenen Verfolger des Reichskorps mit seinem Karabiner schwer mißhandelt und ihn schließlich durch einen Schuß niedergebracht. Er wurde jetzt wegen verurteilter vorläufiger Forderung um 2½ Jahren Zuchthaus verurteilt und anschließend der am den Tag gelegten Freiheit zu 10 Jahren Ehrenrechtsverlust.

Stark Bedacht: „Der Kameradsänger“ — August Strindberg: „Stille Julia“.

Das erste Stück.

Diesmal habe ich es eigentlich mit dem neuen Herrn, der nach der Verlobung kam. Er sah schon nach dem ersten Stück im Proseur zu mir, als ob er hinter mich her würde. Als Strindberg Julia unter hellstem Scheinwerfer mit dem Kameradsänger im Scheinwerfer nachschauen, ich würde der die Herrlichkeit sein. Er schaute mich an und sah mich an der Dampfe. Er sah mich lächelnd gegenüber in der Nacht und schaute mich an und sah mich an. Er sah mich lächelnd gegenüber in der Nacht und schaute mich an und sah mich an. Er sah mich lächelnd gegenüber in der Nacht und schaute mich an und sah mich an.

Das zweite Stück. Es war ein herrliches Schauspielchen Abend, wenn auch — nächst ein Stück der Jugendromantischen. Der alte Professor Düring mit seiner verächtlichen Düring unter dem Arm hat schon recht in großen Höhen sein Stück ein, die sie einem Scherben des Mannes anzeigten.

Das dritte Stück. Das ist ein junges Mädchen, das immer noch nach dem Mann sucht. Das ist ein junges Mädchen, das immer noch nach dem Mann sucht. Das ist ein junges Mädchen, das immer noch nach dem Mann sucht. Das ist ein junges Mädchen, das immer noch nach dem Mann sucht.

Das vierte Stück. Das ist ein junges Mädchen, das immer noch nach dem Mann sucht. Das ist ein junges Mädchen, das immer noch nach dem Mann sucht. Das ist ein junges Mädchen, das immer noch nach dem Mann sucht. Das ist ein junges Mädchen, das immer noch nach dem Mann sucht.

Das fünfte Stück. Das ist ein junges Mädchen, das immer noch nach dem Mann sucht. Das ist ein junges Mädchen, das immer noch nach dem Mann sucht. Das ist ein junges Mädchen, das immer noch nach dem Mann sucht. Das ist ein junges Mädchen, das immer noch nach dem Mann sucht.

Das sechste Stück. Das ist ein junges Mädchen, das immer noch nach dem Mann sucht. Das ist ein junges Mädchen, das immer noch nach dem Mann sucht. Das ist ein junges Mädchen, das immer noch nach dem Mann sucht. Das ist ein junges Mädchen, das immer noch nach dem Mann sucht.

Das siebte Stück. Das ist ein junges Mädchen, das immer noch nach dem Mann sucht. Das ist ein junges Mädchen, das immer noch nach dem Mann sucht. Das ist ein junges Mädchen, das immer noch nach dem Mann sucht. Das ist ein junges Mädchen, das immer noch nach dem Mann sucht.

Das achte Stück. Das ist ein junges Mädchen, das immer noch nach dem Mann sucht. Das ist ein junges Mädchen, das immer noch nach dem Mann sucht. Das ist ein junges Mädchen, das immer noch nach dem Mann sucht. Das ist ein junges Mädchen, das immer noch nach dem Mann sucht.

Das neunte Stück. Das ist ein junges Mädchen, das immer noch nach dem Mann sucht. Das ist ein junges Mädchen, das immer noch nach dem Mann sucht. Das ist ein junges Mädchen, das immer noch nach dem Mann sucht. Das ist ein junges Mädchen, das immer noch nach dem Mann sucht.

Das zehnte Stück. Das ist ein junges Mädchen, das immer noch nach dem Mann sucht. Das ist ein junges Mädchen, das immer noch nach dem Mann sucht. Das ist ein junges Mädchen, das immer noch nach dem Mann sucht. Das ist ein junges Mädchen, das immer noch nach dem Mann sucht.

Reben ihm hatte Grifa Fels einen schweren Stand. Vor auch mehr gelassenes Mädchen aus „guten Hause“ als das habituelle, jedoch heruntergekommene Halbweib. War mehr ein bedauerlicher Einzelfall als Repräsentantin eines Tages, der geschildert ist.

Die Inszenierungen des Hermann Wers waren sehr zu loben.

Der Geist vererbt sich doch. Benvenuto Hauptmann, Gerhart Hauptmanns jüngerer Sohn, tritt zum ersten Male an die literarische Öffentlichkeit; er veröffentlicht im Matheis der „Neuen Rundschau“ (S. Fischer, Berlin) einen Beitrag „Ausflug“, die Schilderung eines Amsterdamer Anstaltstages und eines Abends nach England. — Von Klaus Mann, dem jüngeren Sohne Thomas Manns, sind jedoch gleich zwei Erstlingswerke am einmal erschienen: ein Schauspiel, „Anja und Esther“, das bereits von der Darin-Bühne zur Uraufführung in Berlin angenommen worden ist, und ein Band Erzählungen „Vor dem Leben“ (das Schauspiel in Verlag Deutscher, Berlin, die Erzählungen bei Gebroder Erich, Hamburg).

Hollands größter Schauspieler, Louis Swammer, der Leiter der holländischen Schauspieler, dessen Tod jetzt gemeldet wird, war ein Romantiker größter Stils, dessen Weltanschauung und Weltanschauung seine Schauspielerei hat. Von früherer Jugend an mit Leib und Seele dem Theater treu verfallen, hatte er es bereits in verhältnismäßig jungen Jahren zu unbedingter Meisterschaft gebracht. Im hohen Alter von 82 Jahren hat ihn der Tod schlingelhaft aber vor verhältnismäßig kurzer Zeit fand er noch Abend für Abend auf der Bühne und unterhalten sogar noch ungeachtet seiner Altersjahre ins Ausland. Als er ein letztes Schauspielers jubelnd feierte, wurde es in Amsterdam wie ein Nationalfest begangen. Die Rollen, die Swammer spielte während seiner langen Bühnenlaufbahn gespielt hat, sind zahllos. „Holland“, sagte er einmal selbst, „ist ein kleines Land; wir können es uns nicht leisten, einen Schauspieler lediglich in seinem Lebensberuf zu beschäftigen. Wir haben keine Spezialisten, unsere Schauspieler müssen alles können.“ Und Swammer konnte tatsächlich alles. Er spielte nicht nur den Macbeth und Hamlet, nicht nur Shylock und Richard III., Cedars und Coriolan, sondern auch den Polka im „Leben des Polka“. Wie viele minderwertige Rollen hat er nicht durch seine Kunst, die auch humoristischer Fähigkeiten fähig war, gerettet! Ganz in seinem Element war er jeder- und auf dem hohen Niveau der Tragödie.

Etatsberatungen im Volkstag.

Der Antrag des Senats auf Mieterhöhung zurückgezogen. - Abbau der Schupo. - Kritik an der Justizverwaltung.

Zu Beginn der Sitzung gedachte Präsident Dr. Treichel der Opfer bei der Eisenbahnkatastrophe von Stargard. Zum Zeichen der Trauer erhoben sich die Abgeordneten von ihren Plätzen. Hierauf gab der Präsident bekannt, daß der Senat seinen

Antrag auf Mieterhöhung zurückgezogen

hatte, ferner daß der Abg. Mathieu sich der Zentrumsfraktion angeschlossen habe. Die sozialdemokratische Fraktion teilte in einem Schreiben mit, daß sie ihren Antrag auf Verfassungsänderung zurückziehe, da sie kein Interesse mehr daran habe, dem von der Mehrheit vermittelten Antrag zur Annahme zu verhelfen.

Das umstrittene Beamtenabbaugesetz

Da das Obergericht das Beamtenabbaugesetz für ungültig erklärt hat, hatte die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag eingebracht, der das Gesetz mit der Verfassung in Einklang bringen soll. § 11 des Gesetzes soll aufgehoben werden und im § 6 an Stelle des 1. Januar 1925 „1. Juli 1925“ gesetzt werden.

Den Antrag begründete Abg. Gen. Dr. Kamnitzer. Er erklärte, daß er an dieser Stelle nicht auf die Frage eingehen wolle, ob es tragbar ist, wenn drei von den fünf Richtern des Obergerichts durch ein Urteil die Arbeit des Volkstages und des Senats zunichte machen. Es müßte endlich Wege gefunden werden, das System, das augenblicklich bei der Nachprüfung von Gesetzen durch das Obergericht gehandhabt wird, zu ändern. Im Rechtsausschuß hätten die Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei bei Befangtwerden des Obergerichtsurteils dem Bauliche Ausdruck gegeben, namentlich das ganze Gesetz fallen zu lassen. Das ginge nicht an. Vielmehr müßte das Gesetz entsprechend dem Urteil des Obergerichts umgeändert werden. Dem Obergericht sei

Die Befristung des Gesetzes beanstandet

worden. Den gleichen Standpunkt hätte die Sozialdemokratische Partei schon bei der Beratung im Ausschuss eingenommen. Das damalige Verhalten der Deutschnationalen habe jedoch das Urteil des Obergerichts verschuldet. Der Redner hat, den Gesetzentwurf seiner Fraktion an den Hauptausschuß zu überweisen.

Abg. Dr. Bunte (D. N. B.) meinte, das Abbaugesetz habe insofern schon üble Folgen gezeitigt, als alle, aber noch leistungsfähige Beamte aus ihrer Tätigkeit gerissen worden sind. Dem Obergericht könne im übrigen das Nachprüfungsrecht nicht beirriten werden.

Senatspräsident Sahm erklärte, daß die Urteile des Obergerichts dem Senat Veranlassung geben, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Der Senat bereite einen Entwurf für ein allgemeines Ruhegehaltsgesetz vor. Außerdem werde er dem Volkstag einen Gesetzentwurf zukommen lassen, wonach alle Gerichte verpflichtet seien, die Prüfung der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen dem Plenum des Obergerichts zu überweisen.

Hierauf wurde der sozialdemokratische Gesetzentwurf an den Hauptausschuß überwiesen.

Beratung des Haushaltsplanes.

Das Haus schritt nun zur Beratung des Haushaltsplans für 1925. Angenommen wurde nach Ablehnung eines Änderungsantrages der Deutsch-Danziger der Haushaltsplan des Volkstages, ferner der der Allgemeinen Verwaltung und der für Soziales, Kirchen- und Gesundheitswesen. Zum Haushaltsplan für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung stellte der Abg. Bergmann (D. S.) für seine Partei den Antrag auf Übernahme der staatlichen Garantien für eine diesjährige Opernaufführung auf der Poppoter Waldbühne. Der Antrag wurde abgelehnt, der Haushaltsplan angenommen.

Zusammenlegung der Polizei und der Landkreise.

Eine längere Ansprache fand bei der Beratung des Etats der Verwaltung des Innern statt. Hierzu waren verschiedene Änderungsanträge gestellt. Als erster Redner ergriß Abg. Bunde (D. N.) das Wort. Er hob die deutschliberalen Anträge auf Änderungen im Etat im Hauptausschuß nicht angenommen worden seien, wiederholte sie seine Fraktion im Plenum. Die deutschliberale Fraktion habe einen Organisationsplan für die Polizei eingebracht. Sie fordere hierzu die Zusammenlegung der verschiedenen Polizeiverwaltungen. Die bestehende Zweiteilung in Schupo-Polizeimachen und Polizeireviere sei unzumutbar.

Eine scharfe Kritik übte Abg. Gen. Spill an der Verwaltung des Innern. Es müßte eine vollkommene Umorganisation stattfinden. Er freute sich, daß nun endlich auch im bürgerlichen Lager Stimmen gegen die Zustände in der Verwaltung des Innern laut würden. Viele Beamte seien ganz überflüssig und müßten zum Zwecke der Ersparnis abgebaut werden. Es sei ein Unfug, daß in einem so kleinen Staatswesen, wie es die Freie Stadt Danzig sei, noch Kreise beständen. Die Landratsämter müßten fortfallen. Als Ziel für die Verwaltung des Innern sei ein Stadtkommissar zu erheben. Günstlich überflüssig sei das Oberverwaltungsgericht, für dessen Verbeibehaltung der Grund einzig und allein darin zu suchen sei, daß der deutschnationalen Vizepräsident des Senats, Dr. Jochim, der Leiter des Oberverwaltungsgerichts sei.

Gleich wichtig wie die Umänderung der Verwaltung sei die Umorganisation der Polizei. Das große Heer der Schupo-Polizeibeamten sei nicht notwendig. Wer in Danzig einmal durch die Straßen geht, müße den Eindruck gewinnen, daß der Freiheit sich in seiner Polizei eine Militärmacht schaffen wolle. Unerklärlich sei, wie es sich in der Schupo 52 Offiziere befinden. Die Schupo, die den Straßendienst ausübe, habe in vielen Fällen nichts zu tun. Besonders verwunderlich sei es, daß außer der Schupo-Polizei auch noch die alte blasse Polizei Straßendienst verrichte. Eine ähnliche Wirtschaft wie bei der Polizei herrsche bei der Zollverwaltung. Auch hier nehme man Umänderungen nach militärischen Gesichtspunkten vor.

Senator Dr. Schwarz behauptete, daß der Senat im Hauptausschuß den Rechnungsweg geführt habe, daß eine Erspar-

nis durch die Annahme des deutschliberalen Antrages auf Abbau von 150 Beamten der Schupo nicht erzielt würde. Die Beibehaltung der Schupo-Polizei in ihrer jetzigen Stärke sei notwendig, beweisen ließe sich das allerdings nicht.

Abbau der Schupo beschlossen.

In der Abstimmung wurden die Anträge der deutschliberalen Fraktion mit den Stimmen der Linken und denen der Antragsteller angenommen. Demnach wurde u. a. beschlossen, die Schupo-Polizei um 149 Mann abzubauen. Der Etat wurde hierauf in zweiter Lesung angenommen.

Schärfere Ueberwachung des Autoverkehrs.

Bei der Beratung des Haushaltsplanes der Handels- und Gewerbeverwaltung trat Abg. Gen. Dr. Ving für die Erhaltung der hiesigen chemischen Industrie ein. Im Interesse der Sozialhygiene sei es notwendig, bei beschädlichen Beistellungen die hiesige chemische Industrie zu unterstützen, da diese sonst gezwungen werde, nach Deutschland zu gehen. Medikamente dürften nicht aus dem Auslande bezogen werden, ebenso medizinische Apparate. Es sei der Danziger Ärzteschaft nicht möglich, die hohen Bälle für die Einfuhr aus Deutschland zu entrichten, ohne die Kosten für ärztliche Behandlung zu erhöhen. Ferner müsse der Senat eine Kontrolle über die Automobilgesellschaften, die in Danzig Personen von Autos befördern ließen, die sich in schlechtestem Zustande befinden. Während in anderen Städten die Personenbeförderung durch private Unternehmungen streng überwacht würde, habe sich der Senat dieses Recht aus der Hand nehmen lassen. Der Etat wurde hierauf angenommen.

Zu einer äußerst regen Debatte führte die zweite Beratung des Haushaltsplanes der Justizverwaltung. Abg. Dr. Bunte (D. N. B.) gab seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß der Ausschuss an der Aufstellung des Etats rege mitgearbeitet habe. Bedauerlich sei es, daß der Senat noch immer keine Vorlage für eine Justizreform dem Volkstage habe zukommen lassen, obwohl Danzig auf diesem Gebiete weit hinter dem Reiche zurückstehe. Zum Schluß seiner Ausführungen warf der Redner die Frage auf, ob es möglich wäre, die Gerichtsserien in Danzig abzubauen.

Für den Ausbau des Gefängniswesens.

Abg. Gen. Dr. Kamnitzer führt aus, daß es unbegreiflich sei, daß der Senat sich noch immer nicht haben bequemen können, einen Gesetzentwurf zur Justizreform einzuzeichnen. Der Grund für diese Verzögerungen könne nicht eingesehen werden. Zeit habe der Senat jetzt für die Ausarbeitung geschafft. Außerdem habe eine Richterkommission den Entwurf schon fertiggestellt und ihn dem Senat zur Prüfung übergeben. Wahrscheinlich liegt dieser Saumseligkeit eine gewisse Abneigung zu Grunde, indem man vermeiden wolle, daß auf Grund der Justizreform an einen Abbau gegangen werde. Dem Antrag der deutschliberalen Fraktion auf Abbau in der Justiz könne man nicht ganz zustimmen. Die Streichung eines Senatspräsidenten beim Obergericht sei gefährlich, da zwei Senate beständen. Dem Umstand, daß die beiden Senate des Obergerichts in dieser Sache verschiedene Entscheidungen, müsse Einhalt geboten werden, dazu brauche man Plenarentscheidungen. Für die Organisation der Justizverwaltung müsse nach wie vor der unabhängige Senator verantwortlich sein, die vorgesehene Umstellung in der Verwaltung sei jedoch erfreulich. Unzufrieden sei die sozialdemokratische Fraktion hauptsächlich mit der Strafanstalt, deren Ausbau bisher nur rein räumlich erfolgt sei. Für den sozialen Ausbau auf dem Gebiete des Strafvollzuges sei noch nichts getan. Nach wie vor würde der Straftatige als ein bearbeiteter Mensch behandelt, während der Zweck der Bestrafung nicht die Sühne für die Schuld, sondern Erziehung sein müsse.

Abg. Dr. Klavier (D. N. B.) übte Kritik an der Rechtsprechung bei Danziger Gerichten. Besonders im Strafverfahren verließen einzelne Richter, die Verhandlungen möglichst abzukürzen. Der Redner protestierte dann gegen das Urteil im Falle Mayer. Ansehen erregte seine Mitteilung, daß Dr. Bunte seinerzeit vom Amte eines Lehrers in Neferendarkursen wegen Unfähigkeit abgelehnt worden sei.

Senator Dr. Frank erklärte, daß ein Gesetzentwurf für die Justizreform in nächster Woche dem Volkstage zugehen werde. Der Senat habe sich von anderen Gesichtspunkten leiten lassen als die für die Ausarbeitung eines Entwurfes angeordnete Richterkommission. Der Senat bitte, beim Justizetat keine Abträge vorzunehmen.

Für ein Justizabkommen zwischen Danzig und Polen.

Abg. Dr. Reumann (D. N.) gab seiner Ansicht dahin Ausdruck, daß keine Ueberlastung der Gerichte vorliege. Die Anträge auf Abbau halte seine Fraktion daher aus Gründen der Sparamkeit aufrecht. Der Redner kritisierte dann das VerichtsvoUzieherwesen, das in Danzig völlig im Argen liege. Unglaublich sei es, daß zwischen Danzig und Polen noch immer kein Justizabkommen getroffen sei. Es sei bei dem heutigen Zustande für einen Danziger unmöglich, in Polen ein Urteil vollstrecken zu lassen. Viele Danziger Kaufleute müßten deshalb schon bei Forderungen, die in Polen einzutreiben sind, Verstoß als Erfüllungsort vereinbaren. Zum Schluß seiner Ausführungen trat der Redner noch für eine bessere Gefangenenfürsorge ein.

Auf die Ausführungen des Abg. Dr. Reumann erwiderte Senator Dr. Frank, daß er bereits vor 1 1/2 Jahren einen Entwurf für den gewöhnlichen Justizvertrag bei der polnischen Regierung eingereicht habe. Polnischerseits sei jedoch bisher nichts geschehen. Er sei jetzt mündlich vorstellig geworden. Abg. Dr. Reumann (D. N.) tabelte, daß man erst jetzt mündlich versucht habe, bei Polen eine Antwort zu erhalten.

Bei der Abstimmung wurde der Abbau von zwei Landgerichtsämtern und einem Amtsanwalt beschlossen, alle übrigen deutschliberalen Anträge erfahren eine Ablehnung. Angenommen wurde ferner der Antrag Bergmann. Hierauf genehmigte das Haus den Haushaltsplan in zweiter Lesung. Schluß der Sitzung 7 Uhr. Nächste Sitzung heute nachmittag 3 1/2 Uhr.

Zur Eisenbahnkatastrophe im Korridor.

Einberufung des Schiedsgerichts.

Wie die „Zeit“ erfährt, sind die Vorbereitungen der Reichsregierung soweit fortgeschritten, daß für die aller-nächsten Tage der Antrag auf Einberufung des Schiedsgerichts bevorsteht, das in dem Pariser Abkommen zwischen Deutschland, Danzig und Polen vom April 1921 vorgesehen ist für alle Streitfragen, die sich aus dem Durchgangsverkehr durch den Korridor ergeben.

Auf eine Anfrage im englischen Unterhaus erklärte Chamberlain zu dem Eisenbahnunglück im polnischen Korridor und zu den vorangegangenen Unglücksfällen: Das Abschließen der Agenturen bestimmter Güte beim Passieren des Korridors diene der Erleichterung des Verkehrs zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland. Die Frage, ob in dieser Handhabung eine Änderung eintreten solle, bleibe am besten den unmittelbar beteiligten Staaten überlassen.

Wie uns das) mitteilt, ist der Gutachter Wirth in Pofoschken im Zusammenhang mit der Stargarder Eisenbahnkatastrophe weder in Haft angewiesen noch zur Zeit verhaftet. In Haft jedoch ist der Inspektor seines Gutes.

Zu dem in der gestrigen Ausgabe unserer Zeitung erschienenen Bericht über die Bestattung des bei der Eisenbahnkatastrophe verunglückten Gen. Wollermann ist richtig zu stellen, daß der erwähnte Kranz nicht von der polnischen Berufsvereinigung, sondern von der polnischen Staats-Eisenbahndirektion überreicht worden ist.

Die Wünsche der Gläubiger.

Gestern abend tagte in der Petrischule eine Versammlung der Sparkassen-, Bank- und ähnlichen Gläubiger, in der Lehrer Fuhrbrügge über den Kampf gegen das Aufwertungs-gesetz berichtete. Dieses Gesetz, das, wie Rechtsgelehrte begutachtet haben, gegen die Danziger Verfassung verstößt, habe bei den Gläubigern Enttäuschung hervorgerufen.

Um eine Revision des Gesetzesbestimmungen herbeizuführen, wurde beschlossen, auf dem Gerichtsweg sein Recht zu suchen. Es soll je ein Prozeß angeklagt werden aus der Reihe der Sparkassengläubiger mit Ansprüchen aus der Zeit nach dem 1. Januar 1919, aus der Reihe der Gläubiger bei privaten Sparkassen und Banken, ferner aus der Gruppe der Inhaber von Schabanweisungen und der Inhaber von Staatsanleihen. Außerdem sollen die Hypothekengläubiger ihre Sache gesondert verfolgen. In einem außergerichtlichen Vergleich werden wahrscheinlich die Verhandlungen, die in Sachen der Hypothekensandbriefe schweben, führen. Aus Gründen der Zweckmäßigkeit erklärte der Vortragende Fuhrbrügge, daß er sein Amt als 1. Vorsitzender niederlege. Es wurde hierauf Prokurist Maschler zum 1. Vorsitzenden, die Herren Radtke und Fuhrbrügge zum 2. und 3. Vorsitzenden gewählt.

In der Aussprache, die dem Vortrage folgte, wurde einmütig die Meinung dahin geäußert, den Kampf künftighin bis zum äußersten zu führen. Die Versammlung nahm folgende Entschlüsse an:

1. Die von mehr als 500 Teilnehmern besuchte Versammlung der Sparkassen-, Bank- und ähnlichen Gläubiger gibt ihrer tiefsten Entrüstung Ausdruck über die Fassung des Gesetzes zum Ausbleich der Geldwertung. Insbesondere ist sie empört darüber, daß

1. alle Sparkassengläubiger nach dem 1. Januar 1919 sowie die Gläubiger der Banken und privaten Sparkassen keine geschliche Aufwertung erhalten sollen;
2. die Stadt- und Gemeindegeldanleihen nur mit 15 bzw. 25 Gulden für 100 Goldmark aufgewertet werden sollen;
3. die Stadtanleihen, die nach dem 1. Juli 1919 erworben worden sind, von jeder Aufwertung ausgeschlossen werden;
4. die Aufwertung der Schabanweisungen der Freien Stadt nach § 15 unterlag ist;
5. jede Rückwirkung der Aufwertung nach § 12 ausgeschlossen ist.

Die Versammlung ersucht Senat und Volkstag dringend, um der Gerechtigkeit willen die angeführten Ungerechtigkeiten des Gesetzes zu beseitigen und die Aufwertung der Hypotheken und Sparguthaben im Sinne der Vorschläge des Abg. Rahm in der dritten Lesung des Gesetzes zu regeln.

Zur Erhaltung der baulichen Eigenart Danzigs hat der Senat mit Zustimmung der Stadtbürgerstadt ein neues Ortsstatut gegen die Verunstaltung der Stadt Danzig erlassen. Danach ist die baupolizeiliche Genehmigung zur Ausführung von Bauten und baulichen Änderungen zu versagen, wenn dadurch die Eigenart des Straßensbildes gefährdet wird. Das Ortsstatut zählt eine Reihe von Strafen auf, die unter dieser Bestimmung fallen. Den gleichen Schutz genießen fast sämtliche Kirchen und Pfarrhäuser sowie eine Reihe anderer öffentlicher und privater Gebäude.

Polizeibericht vom 7. Mai. Festgenommen wurden zehn Personen, darunter 1 wegen Diebstahls, 1 wegen Betruges, 8 in Polizeihaft, 1 Person obdachlos.

Unser Wetterbericht.

Beröffenlichung des Observatoriums der Fr. Stadt Danzig. Donnerstag, den 7. Mai.

Vorhersage: Wetter, später zunehmende Bewölkung mit Neigung zu Gewittern und Niederschlägen, schwache unlaufende Winde. Nach vorübergehend härterer Erwärmung Abkühlung. Maximum: 18,7; Minimum: 8,6.

Danziger Standesamt vom 1. Mai 1925.

Todesfälle: Ehefrau Mathilde Eggert geb. Bichow, 50 J. 5 M. - Biegemeister Ignaz Pielecki, 67 J. 5 M. - Sattler Otto Schmeider, 54 J. 5 M. - L. d. Schneider's Ervald Parichow, 8 M. - Heifer Heinrich Drieber, 55 J. 2 M. - Schuhmacher Hermann Becke, 71 J. 4 M. - Hospitalitin Lydia Hlindt, 65 J. 4 M.



Was ist ein Risiko für die Hausfrau?

Wenn sie zum Kuchenbacken statt des echten Dr. Oetker's Backpulvers ein minderwertiges Backpulver verwendet, wenn sie sich, um eine Kleinigkeit zu sparen, der Gefahr aussetzt, dreimal misstrauenen Kuchen zu erhalten, u. Mühe u. Kosten umsonst aufgewandt haben.

Dr. Oetker's bewährte Rezepte sind in den Geschäften zu haben. Wenn nicht vom Bäcker, schreibe man eine Postkarte an Dr. Oetker's Nahrungsmittel-Fabrik, Oliva 3, Danzig.

Wenn die Tulpen blühen.

Holländische Gürtelkunst einst und jetzt.

In Holland, der klassischen Heimat der Tulpenzucht, stehen gegenwärtig die berühmten Tulpenfelder in ihrer schönsten Blütenpracht. Die Holländer sind nicht wenig stolz darauf und hören gerne, wenn der Fremde sie lobt. Bildet doch die Tulpenzucht einen Hauptbestand des holländischen Lebens. In früherer Zeit, vor allem um die Mitte des sechzehnten Jahrhunderts wurde sie aber noch unvergleichlich intensiver, ja, geradezu fanatisch betrieben. Nach einer langen Periode mühseliger Arbeit und bescheidenster Lebensführung waren damals die Holländer dank der Entwicklung ihres Seehandels zu einem bemerkenswerten Wohlstand gekommen. Die Häuser der neuen Reichen hatten sich über Nacht zu Palästen gewandelt. Und an die Stelle der Sparfamkeit war eine Verschwendungslust getreten, die keine Grenzen kannte. Die reichen Familien, die in der Hauptsache aus Reedern, Bankiers und Kaufleuten bestanden, wurden nun von einer unerhörten Leidenschaft für buntfarbige Blumen ergriffen und inerten nicht mit dem Geld, wenn es sich darum handelte, ihre Gärten und Salons mit seltenen Blumen zu schmücken. Im Lauf der Zeit artete diese Leidenschaft zu einer wahren Manie aus, die sich hauptsächlich den Tulpen zuwandte. Die Gärten wuchsen ins Riesenhafte, und jeder war eifrig darauf, irgendeine seltsam geformte Tulpe von einer noch nie gesehenen Farbe zu züchten. Die Summen, die für entsprechende Tulpenzweifel bezahlt wurden, liegen ins Fabelhafte. Man kaufte eine Zwiebel gegen einen Karren Getreide, vier Rinder, zwölf Schweine, zwei Buttische Wein, vier Buttische Bier, tausend Pfund Käse, einen vollständigen Anzug oder Silbergeschirr. Für eine bestimmte Zwiebel, von der in Holland nur zwei Exemplare existierten, wurden einmal 4600 Gulden und ein anderes Mal eine Equipage mit vier Pferden geboten, aber beide Gebote als zu niedrig abgelehnt. Mädchen, die über eine seltene Tulpenzwiebel verfügten, galten als gute Partien. Ein reicher Kaufmann aus Haarlem, der glückliche Besitzer einer Tulpenzwiebel, die er für einzigartig hielt, erfuhr eines Tages, daß ein Pariser Bankier ein gleiches Exemplar besäße. Er fuhr sofort nach Paris und präsentierte sich glücklich, das Duplikat für tausend Tufaten zu erwerben.

Inzwischen ist die holländische Tulpenzüchtereier aus einer Hochkultur zu einer Weltindustrie geworden. Um sich davon eine Vorstellung zu machen, braucht man nur die Blumenausstellung zu besuchen, die in diesen Tagen im Park von Groendal bei Deemsterde eröffnet worden ist. Auf einer Fläche von etwa sechzehn Hektar Land haben die holländischen Blumenzüchter hier eine Blumenpracht vereinigt, die an ein Märchen gemahnt. In einem riesigen Pavillon ist in wunderbarer Farbenharmonie eine Sammlung von Blumen untergebracht, die nur raffinierteste Gärtnerkunst der Natur abzurufen vermochte. Rhododendron, darunter Exemplare, die bis zu hundert Blütenfächer zählen, Goldregen, Dräidreen, Raifblümchen, Nelken, Rosen von phantastischen Farbenzeichnungen, Narzissen, Spazintzen und vor allem Tulpen, Tulpen, Tulpen in tausend Farben vom lebhaftesten Rot bis zum zartesten Hellrosa, vom nächstigen Schwarz bis zum trüblichsten Weiß entrollen dem Auge des Beschauers eine duftende Sinfonie von märchenhafter Pracht. Überwiegend noch phantastischer und märchenhafter ist der Anblick außerhalb der Ausstellung zwischen Linden und Haarn. Hier breiten sich in einer Ausdehnung von über sechzig Hektar Land, das von Kanälen durchschnitten ist, auf deren Ufern Wäflern sich träge Boote schaukeln, zwischen unzähligen Windmühlen riesige Tulpenfelder aus, die den Eindruck eines vielfarbigen Schachbrettes bieten. Freilich, die eigentliche Poesie der Blume kommt dabei zu kurz. Die Gärtner, die in

mühseliger und geduldiger Arbeit die Natur zwingen, sich selbst zu verleugnen, halten allzu sehr den spekulativen Zweck der Bereicherung im Auge. Der gigantische Großbetrieb paßt schlecht zu dem Idyll. Die Tulpen blühen, aber sie bezaubern nicht, sondern imponieren nur. Und das ist schade.

Das Schmugglerwesen in den Ostseestaaten.

Die an der Ostsee gelegenen Randstaaten haben alle mehr oder weniger mit dem Schmugglerwesen zu kämpfen, ohne dabei bisher große Erfolge zu erzielen. In erster Linie handelt es sich um den Spiritus-Schmuggel; in Estland wie in Lettland und Litauen versuchen die Schmuggler vor allem diesen Artikel heimlich über die Grenzen zu bringen. In den Küsten Estlands ist es bekanntlich schon mehrfach zu ernstlichen Geschehnissen zwischen Schmugglern und Grenzpolizei gekommen. Nach dem Inkrafttreten des Gesetzes gegen die Trunksucht und über die Einschränkung des Alkoholverkaufs in Lettland hat der Spiritus-Schmuggel auch in diesem Land einen weit größeren Umfang angenommen. Es ist besonders der Küstenkreise bei Libau, den sich die Schmuggler zum heimlichen Landen ausgesucht haben. Die lettische Presse klagt darüber, daß die Küstenwache ihrer Aufgabe nicht gewachsen sei, und daß nur ein geringer Teil der Schmuggelware beschlagnahmt werde. Die Erklärung dafür liegt vor allem darin, daß der lettische Staat nicht über die Mittel verfügt, die Schmuggler zur See genügend zu bekämpfen. Dagegen sind die Schmuggler sehr gut organisiert; sie verfügen über zahlreiche Motorboote, und wie es scheint, auch über große Geldmittel. Nach der Behauptung der lettischen Presse kommen die meisten eingeschmuggelten Spiritusosen aus Danzig, wo die Schmuggler angeblich ihre Zentrale haben. Ueber die zunehmende Dreistigkeit der Schmuggler klagt man auch in Litauen, wo es sich hauptsächlich um Einfuhr von Schmuggelware über die Landgrenzen handelt. In einem Kampf gegen Schmuggler sind vor einigen Tagen zwei Grenzpolizisten getötet und mehrere verwundet worden. Die zahlreichen Arbeitslosen sollen für Bezahlung den Schmugglern allerlei Dienste leisten.

Die Stadt im Meer? Der Direktor der orientalistischen Schule E. D. Noß macht eine Mitteilung über die Entdeckung einer Stadt unter der Meeresoberfläche nahe Tunis. Ein arabischer Taucher sei zwecks Fischfangs ins Meer getaucht und erblickte bei dieser Gelegenheit auf dem Grunde des Meeres die Ruinen einer Stadt. Ingleich brachte er so interessante Gegenstände mit herauf, daß diese Archäologen überwiesen wurden. Sachverständige, die sich an den Fundort begaben, bestätigten die Erzählung des Fischers und berichteten, die Straßen einer Stadt unter dem Meerespiegel erkannt zu haben. Die französischen Behörden und die archaische Schule von Tunis haben die weitere Nachforschung in die Hand genommen, wobei noch niemand sagen kann, um welche Stadt es sich hier handelt.

Ein Erdbebenprophet. Prof. Sandani, der mit großer Genauigkeit die letzten Erdbeben in den Vereinigten Staaten und in Kanada vorausgesagt hatte, hat erklärt, daß nach seinen letzten Beobachtungen für den 4. Mai in den Vereinigten Staaten ein neues Erdbeben zu erwarten sei. Am 14. Mai werde ein leichtes Erdbeben der ganzen Westküste Südamerikas entlang konstatiert werden können. Einige Tage später werde in Mexiko und Zentralamerika ein weiteres Beben folgen. Der Professor glaubt, daß alle diese Erdbeben Vorzeichen einer gewaltigen Katastrophe sind. Die Anzeichen dafür machten sich immer mehr bemerkbar.

Die Frau Landgerichtsrat als Giftmischerin.

Weil sie vom Vorstandsstich nicht genügend beachtet wurde.

Vor dem Schwurgericht in Gera wird jetzt der Prozeß gegen die Ehefrau des Landgerichtsrates Dr. Frischie, Altenburg, beginnen, die beschuldigt wird, einen Giftmordversuch an ihrer Schwägerin, der vermittelnden Rittergutsbesitzerin Mühlig-Hofmann in Ehrenhain bei Altenburg begangen zu haben.

Der verstorbenen Gatte der Frau Mühlig-Hofmann ist der Sohn des früheren Vizekommisarsbesizers von Ehrenhain, eines Gutes, das ungefähr 250 Hektar umfaßt. Die verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen Frau Mühlig-Hofmann und ihren Kindern und dem kinderlosen Ehepaar Frischie waren bis zum Spätsommer 1924 recht gut, Frau Frischie hatte das Recht, auf Schloß Ehrenhain jederzeit Wohnung zu nehmen und machte davon auch häufig Gebrauch.

Im September vorigen Jahres fand in Ehrenhain aber eine Tagung des Frauvereins statt, bei der Frau Mühlig-Hofmann am Vorstandsstich lag, während Frau Frischie an einem Tisch im Saale Platz nehmen mußte. Frau Frischie fühlte sich dabei von ihrer Schwägerin nicht genügend beachtet. Es kam zu einer Auseinandersetzung, die zwar mit einer äußerlichen Versöhnung endete, aber doch eine dauernde Vermittlung hinterließ.

Am 4. Oktober fand bei Ehrenhain das Rennen des Provinzialsportvereins statt, und Frau Frischie wurde von Frau Mühlig-Hofmann auf Schloß Ehrenhain zu einem Kaffee eingeladen. Als die Gutsbesitzerin einmal vom Kaffeetisch aufstand, vertauschte Frau Frischie die gefüllten Kaffeetassen. Als die Gastgeberin später den Kaffee kostete, soll er einen eigenartigen bitteren Geschmack gehabt haben. Auch die Söhne der Frau Mühlig-Hofmann wollen diesen sonderbaren Geschmack bemerkt haben. Der in der Kanne verbliebene Kaffee wurde aber am nächsten Tage von der Familie getrunken, ohne daß jemand Schaden nahm. Frau Mühlig-Hofmann brachte den Inhalt ihrer Tasse bei. Eine Untersuchung des Kaffees ergab, daß in der Tasse Strychnin enthalten war, genug, um einen Menschen zu töten.

Der Vorfall wurde der Staatsanwaltschaft angezeigt. Frau Frischie blieb aber zunächst noch auf freiem Fuß und wurde erst verhaftet, als in einem Gemeindefrauentag Strafmahn geübt wurde. Der Prozeß wurde dem Altenburger Landgericht entzogen und dem Landgericht in Gera überwiesen. Nach mehrwöchentlicher Untersuchungsdauer wurde Frau Frischie enthaftet. Das Landgericht in Gera beschloß die Einstellung des Verfahrens, ein Beschluß, der jedoch vom Oberlandesgericht in Gera aufgehoben wurde.

Bei der Hauptverhandlung, die für ungefähr drei Tage anberaumt ist, werden 60 Zeugen vernommen werden. Wenn sich die Unschuld der Frau Frischie erweisen sollte, so würde auf ihre Schwägerin der Verdacht einer wissentlich falschen Anschuldigung fallen. Das Ehepaar Frischie ist kinderlos. Es ist nur schwer ersichtlich, welchen Vorteil Frau Frischie aus einem Hinrichten der Frau Mühlig-Hofmann erhoffen konnte. Der Ausgang des Prozesses wird in ganz Thüringen mit äußerster Spannung erwartet, da sowohl Frau Frischie, die Gattin des Landgerichtsrates, als die Rittergutsbesitzerin Mühlig-Hofmann zu den ersten Familien des Landes gehören.

Ein Pionier der Klimatechnik gestorben. Clement Aber, der am 14. Oktober 1897 auf dem Uebungsplatz von Satoro die ersten Versuche mit einer Fluoraminine anstellte, ist gestorben. Aber ist 85 Jahre alt geworden.

Freymann'sche Reklameweche

unübertroffen unsere Angebote, daher unser Erfolg

Damenwäsche

- Damenhemden aus Wäschestoff, mit Börtcheneinsatz 1 95
- Damenhemden m. Hohlsaumbesatz oder Stickerei 2 95
- Damenhemden a. Makotuch o. Opal, m. breit. Spiz, durchgarn. 8 50
- Damenhemden aus gut. Wäschestoff, m. Zwirnspiz, o. Hohlsaumbesatz 2 75
- Damen-Nachhemden 120 cm lg., Kimonoschn., aus guten Stoffen, 6 75
- Jumpertailen Ballbesatz, mit Zwirn- oder Hohlsaum-Einsatz, 1 65
- Jumpertailen a. Opal o. Mako, m. Valenciennerspiz garniert, 4 25
- Kasaktailen extra lang, teils mit durchgehender Stickerei, 4 75
- Hemdhoosen Windelhoosenschnitt, mit Klöppelspiz oder Stickerei 5 75
- Hemdhoosen aus Makotuch, mit Valenciennerspiz oder Stickerei 9 95
- Prinzebröcke m. Stickereivolant, Stickereiansatz und Träger 5 95
- Prinzebröcke a. gut. Opal od. Mako, reich m. Spiz, verziert, 18 50

Stickereien

- Stickerei-Peston Meter 38, 30, 25 P
- Feine Gitter-Stickerei Spiz, u. Einsatz, schmal, Mtr. 55, 48, 40 P
- Stickerei-Spiz 5 bis 8 cm breit . . . Meter 60, 48 P
- Stickerei-Garnituren schön, Gütermust., mittelbr., Mtr. 85, 75 P
- Stickerei-Garnituren aparte Muster Meter 1,45, 1 25
- Bett-Einsätze Meter 2,25, 1,75, 1 25
- Stickerei-Träger Meter 48, 40 P
- Unterrock-Volants Meter 2,25, 1 50
- Unterrock-Volants aparte Gütermuster . . . Meter 3,90, 2 90
- Hemdenpassen aus gut. Stck., 100/100 cm weit, St. 1,90, 1 50

Taschentücher

- Damentuch weiß Batist, mit Korbalkante 15 P
- Damentuch weiß, mit farb. Ziernah und zwelf. Korbalkante 28 P
- Damentuch weiß Batist, mit Hohlsaum und Altstricken 35 P
- Damentuch weiß, prima Qualität, mit Altstricken . . . 38 P
- Damentuch weiß, mit Hohlsaum u. Zephirkaros u. Streifen 45 P
- Spizentücher Batist, m. gr. Spizteil-Ecke und Spiztas 48 P
- Spizentücher Batist, mit reicher Spizverzierung 58 P
- Spizentücher prima Batist, mit vier Spizstecken . . . 78 P
- Herrentuch prima Linon, m. Zephirkaros 48 P
- Herrentuch weiß Batist mit Hohlsaum und Kordeleinsatz 58 P
- Herrentuch weiß Batist, mit Altstricken und Hohlsaum 68 P
- Herrentuch prima Wäschestoff mit Hohlsaum u. Zephirkaros 78 P

Baumwollwaren

- Hemdentuch 80 cm breit, grob-lädige, gute Ware 88 P
- Wäschtuch 80 cm breit, starke Qualität 98 P
- Wäschestoff 82 cm breit, mittel-lädig (unsere Reklameware) . . . 1 25
- Hemdentuch 80 cm breit, kräftige Ware, für Herrenwäsche 1 35
- Edeltuch 80 cm breit, für Damen- und Kinderwäsche 1 65
- Wäschestoff 80 cm breit, edles Fabrikat, prima Ausrüstung . . . 1 75
- Wäschestoff 80 cm breit, für elegante Damenwäsche 1 85
- Linon 80 cm breit, prima Ware, für Herrenwäsche 1 85
- Hemdenkretone 80 cm breit, äußerst kräftig, für Herrenwäsche . 1 95
- Makotuch 80 cm breit, prima Fabrikat (Edele ausrüstung) 2 25
- Wäschebatist 130 cm breit, erstklassiges Erzeugnis 2 95

Wirtschaft, Handel, Schifffahrt

Deutschland-Anleihe und Hindenburg.

Der Kursrückgang in London.

Die Dawes-Anleihe hat in London von den ersten Tagen ihrer borsenmäßigen Notierung an eine günstige Kursentwicklung gehabt, und wenn auch ihre Beringung infolge des seit der Auflegung um 1 Prozent gestiegenen englischen Diskontsatzes heute nicht mehr so hoch erscheint, wie es damals der Fall war, so hatte doch im Laufe des März die Parität erreicht werden können, die bekanntlich eine Prämie von 8 Prozent über dem Ausgabekurs von 92 Prozent bedeutet. Der Kurs hatte vorübergehend sogar 101 Prozent überschritten.

Bereits die Nominierung Hindenburgs zum deutschen Präsidenten ließ die Notiz langsam zurückgehen. Seine Wahl verurteilte eine plötzliche Abwärtsbewegung auf 97 1/2 Prozent, also den tiefsten Kurs, der seit der Balleinschlagung der Anleihe zu verzeichnen war. Die Kursentwicklung seit Anfang Dezember geht aus der folgenden Übersicht hervor: 3. März 1925 99 1/2 Prozent, 18. März 1925 101 1/2 Prozent, 3. April 1925 101 1/2 Prozent, 18. April 1925 99 1/2 Prozent, 3. April 1925 98 1/2 Prozent, 27. April 1925 97 1/2 Prozent, 29. April 1925 98 1/2 Prozent, 1. Mai 1925 98 1/2 Prozent.

Die Tatsache, daß die Deutschlandanleihe sich von ihrem harten Rückgang kaum erholt hat und noch anfänglich eine geringere Befestigung wieder von neuem etwas nachgab, ist mit der jetzigen Situation des Geldmarktes durchaus nicht zu erklären, sondern lediglich mit der außerordentlichen Zurückhaltung, die sich die Gira in Bezug auf Deutschland auferlegt hat. Die Entwicklung des Kurses der Dawes-Anleihe, der wohl kaum von der deutschen Regierung schraubt werden dürfte, wird ein zuverlässiger Barometer dafür sein, in welcher Richtung sich die abwartende Politik der Gira weiter entwickeln wird.

Die Beilegung der Handelsbeschränkungen zwischen Deutschland und der Schweiz. Am 7. Mai begannen in Baden-Baden Verhandlungen zwischen deutschen und schweizerischen Regierungsvertretern über einen weiteren Abbau der noch bestehenden beiderseitigen Einfuhrbeschränkungen.

Das deutsch-französische Zollabkommen. Derzeit ist Generaldirektor Dethm vom Zolltarif in Vertretung seiner weiteren Zolltarifmittelnehmer nach Paris gereist, um dort die inwärtigen zum Abbruch gebrachten Verhandlungen über das deutsch-französische Zollabkommen durch ihre Unterbrechung abzuschließen. Der wesentliche Punkt dieses Abkommens ist die endgültige Verteilung des amerikanischen Abzuges, die in dem Verhältnis von 70:30 erfolgt, wobei das deutsche Zolltarifmittel sämtliche Sicherungsrückstände der französischen Zolltarifmittel abgeben und übernimmt, um auf diese Weise die endgültige Zolltarifmittel für den französischen Markt zu schaffen.

Die finanzielle Lage der Reichsbankgesellschaft. Die Verwertung der Reichsbankgesellschaft hat den in Amerika aufgenommenen Darlehensschuldenstand bis jetzt noch nicht in Ansehung genommen. Nachdem die Reparationsrate in Höhe von 100 Mill. Mark, die am 1. März fällig war, nicht abgeführt wurde, ist sie auch für am 1. September fällige Zahlungen überfällig. Außerdem seien über

im ersten Geschäftsjahre Rückstellungen zu machen für die erste Zahlung des zweiten Geschäftsjahres, die am 1. März 1926 mit rund 300 Mill. fällig ist. Es seien also für diese Zahlung 300 Mill. zurückzubehalten, so daß die Gesamtbelastung im ersten Geschäftsjahr 40 Mill. beträgt. Dazu kommt die Notwendigkeit, eine Ausgleichsrechnung auszusammeln, und zwar nach den Bestimmungen der Gesellschaftsstatuten in Höhe von ungefähr 110 Mill. (innerhalb

Der Reichs Hofen hat die finanzielle Regierung beschließen, der dreigliedrigen Hofendirektion zur Verfügung zu stellen. In diesem Zweck hat Reichsminister Stöbe eine Hofenübergabekommission gebildet, die aus drei Mitgliedern besteht. Die Kommission wird sich am 4. Mai nach Kassel begeben, wo am anderen Tage die Übergabe des Reichs Hofens stattfinden soll.

Gewerkschaftliches u. Soziales

Gewerkschaftliche Tagungen. Der Verband der Kaler beruht seine Generalversammlung auf den 6. Juli nach Dresden. Auf der Tagesordnung stehen u. a.: Die sprachliche und kulturelle Entwicklung des Kaler- und Siedler-Verbandes und Sachverhalte zu den Ergebnissen der Urabstimmung über die Frage der Reichsregierung. — Der Verband der Gemeindef. und Staatsarbeiter beruht seine Verhandlung auf den 2. August nach Frankfurt a. M. Auf der Tagesordnung stehen u. a. Referate über Kommunalpolitik und über das Tarifrecht.

Die des Hamburger Bauarbeiterstreiks. Der seit 14 Tagen im Groß-Hamburger und Sülchwig-Gelände hier anhaltende Bauarbeiterstreik, der zur weitestgehenden Ausdehnung und Abwanderung der Streikenden geführt hatte, ist gestern abend durch ein beiderseitig eingetragenes Schiedsgericht beigelegt worden. Die Arbeit wird überall am Donnerstag morgen wieder aufgenommen werden. Der neue Lohn der Kaler beträgt bis zum 15. Mai 1,15 Mark, vom 16. Mai bis zum 16. Juli 1,22 Mark, vom 17. Juli bis 15. Oktober 1,30 Mark pro Arbeitswoche. Das bisher bestehende Arbeitsverhältnis gilt nach Streit und Ausfertigung als nicht unterbrochen.

Tragende Metallarbeiterstreikung in Niederriethen. Seit wichtige Gruppen in einzelnen Betrieben des Verbandes der Metallarbeiter in Niederriethen es ablehnen, in einem Streik von 30 bis 40 im der verbindliche Schiedsgericht des Schweizerischen Schiedsgerichtes zu arbeiten, besteht der Arbeiterverband die Ausfertigung für den 11. Mai an. In Frage kommen, vorausgesetzt, daß die Ausfertigung auf der ganzen Linie durchgeführt wird, rund 10.000 Arbeiter und Arbeiterinnen.

Der Pariser Streikstreit erfolgreich beendet. Die weitere Aufhebung des Streikstreit am Dienstag ist verbietet und damit die Gefahr einer günstigen Stilllegung des streikenden Betriebs beseitigt worden. Die Direktion der Straßenbahn und Arbeiter hat sich nicht nur zur Wiederherstellung der am 2. Mai wegen Teilnahme an der Arbeiter ausgetreten Angehörigen bereit erklärt, sondern auch die Fortsetzung auf Aufhebung eines Streikstreit in Höhe von 900.000 Franc auf die im Institut gemeinsame Geschäftsbildung bewilligt. Sie hat nur die Bezahlung der beiden Streikstreit angeleitet. Eine Versammlung der Streikstreit hat demnach einverstanden die Wiederherstellung der Arbeit beschlossen.

Kleine Nachrichten

Arbeiter-Ausschüsse an mexikanischen Gesandtschaften. Die Regierung von Mexiko hat hiesigen Arbeiter-Ausschüsse für ihre verschiedenen auswärtigen Gesandtschaften ernannt, um mit den verschiedenen Arbeiterbewegungen in der ganzen Welt in Verbindung zu bleiben. Militärische Ausschüsse sind von der mexikanischen Regierung nicht ernannt worden. Es ist das erstmal, daß Arbeiter-Vertreter an die auswärtigen Gesandtschaften entsandt worden sind.

Pockenepidemie in Washington. Eine Pockenepidemie ist in Washington ausgebrochen. Präsident Coolidge hat sich impfen lassen, um bei der Ansteckungsgefahr, die sich aus seinen Tausenden von Händedrüsen täglich ergibt, zu beugen. Bisher forderte die Krankheit 52 Todesopfer.

Große Überschwemmung bei Lille. Aus der Gegend von Lille und Hazebrouck werden schwere Überschwemmungen infolge eines Südweststurmes gemeldet. Große Teile der flandrischen Ebene stehen seit gestern unter Wasser. Die weiten Gebiete wurden geräumt werden. Das Hochwasser bedroht sogar einige größere Orte. Seit 1904 hatte das französische Flandern keine derartige Überschwemmung zu überleben.

Schwedischer Rekord in der Geburtenverminderung? Schwedens Volkszahl betrug am 1. Januar 1925 1.188.000 Menschen. Das ist eine Steigerung gegen das Vorjahr um 22.000 Personen, aber 3,35 pro Tausend. Der Geburtenüberschuss in Schweden ist geringer als in den übrigen skandinavischen Staaten und wesentlich weniger, mit Ausnahme des irischen Freistaates, der geringste in Europa.

Das letzte Opfer von Vellingona. Im Berner Krankenhaus starb genau ein Jahr nach der Eisenbahnkatastrophe von Vellingona, bei der bekanntlich der ehemalige Staatsminister Vellierich ums Leben kam, das letzte Opfer dieses Unglücks, der Lokomotivführer Buffi. Es war ihm gelungen, von der Lokomotive abzuspringen. Er ist jedoch inneren Verletzungen, die er sich dabei zugezogen hatte, erlegen.

Neue Konstruktionen des Notorschiffes? Der Londoner Evening Standard veröffentlicht eine Unterredung mit Hans Stinnes, dem Neffen des verstorbenen Hugo Stinnes. Dieser teilte mit, daß neue Versuche mit neuen Konstruktionen des Notorschiffes gemacht worden seien, deren Ergebnisse bisher geheimgehalten worden sind. Diese Versuche würden, wie man erwartet, für die gesamte Schiffbauindustrie Umwälzungen mit sich bringen.

Geheime Zeichnungen aus einer chemischen Fabrik in Kassel gefasst. Aus einer chemischen Fabrik in Kassel wurden wichtige chemische Formeln, sowie Zeichnungen und Apparate für den Gaskrieg gestohlen. Die Diebe wurden verhaftet. Die 'Mitteln' mitteilt, wurden die Formeln nach Frankreich verkauft.

Eine musikwissenschaftliche Ausstellung. Aus Anlaß des internationalen Musikwissenschaftlichen Kongresses, den die Deutsche Musikgesellschaft vom 4. bis 8. Juni in Verbindung mit dem Handel-Verein in Leipzig veranstaltet, wird auch eine musikwissenschaftliche Ausstellung stattfinden. Sie soll musikhistorische handschriftliche Schätze aus öffentlichen und Privatbesitz und eine Neuanschaffung musikwissenschaftlicher Verlagswerke im händelschriftlichen Museum, in der Halle des alten Leipziger Rathauses, vereinigen.

Unsere billigen Preise

für

Damen-Konfektion

wetteifern mit der Güte der Qualitäten



Sommermäntel	aus englisch gemusterten Stoffen in modernen, gut sitzenden Formen	24 ⁷⁵	18 ⁷⁵	14 ⁷⁵
Sommermäntel	aus Covercoat-Stoffen, praktische Qualitäten, solche Regenmäntel	78 ⁰⁰	48 ⁰⁰	29 ⁷⁵
Sommermäntel	aus guten Schotten-Stoffen, aparte Dessins, moderne flotte Formen	78 ⁰⁰	48 ⁰⁰	36 ⁵⁰
Sommermäntel	aus gutem, neuwilligen Tuch, in allen modernen Farben, sehr flotte Formen	58 ⁰⁰	48 ⁰⁰	39 ⁰⁰
Sommermäntel	aus dem Modestoff Molinè, in aparte Farben und nachmodernem Formen	98 ⁰⁰	89 ⁰⁰	68 ⁰⁰
Wettermäntel	aus neuwilligen Gewebe, imprägniert, praktische Formen, in modernen Farben	110 ⁰⁰	98 ⁰⁰	78 ⁰⁰
Gummimäntel	englisches Fabrikat, beste Gummierung, in verschiedenen Farben und Formen	58 ⁰⁰	42 ⁵⁰	39 ⁰⁰
Covercoat-Jacke	aus vorzüglichem Scotch-Covercoat, sehr flotte, jugendliche Form, mit Passe und Gürtel			27 ⁵⁰

Die letzte Sportjacke

aus einfarbigem Tuch, in schlichten, sporten Farben, wie oben

aus 1 a. Plüschstoffen, wundervolle Dessins, die große Mode

49.-

58.-

Sternfeld

Dresden

Städtische Kaufhaus

Danziger Nachrichten

Vom kaufmännischen Angestellten zum Kraftwagenführer.

Produktive Erwerbslostenföhrer.

Bei der jetzigen Arbeitslosigkeit liegt dem Arbeitsamt nicht alle in der Kontrolle der unterführten Erwerbslosen und ihre Vermittlung in Arbeit ob, sondern es hat nach Möglichkeit eine Regelung von Angebot und Nachfrage herbeizuföhren. Die ganz besonders schwierige Lage der kaufmännischen Angestellten machte bei ihnen auch besondere Maßnahmen erforderlich. Bei der jetzigen Wirtschaftskrise ist die reiflose Unterbringung der kaufmännischen Angestellten einwillen völlig ausgeschlossen. Das Arbeitsamt war deshalb bemüht, ihnen in anderen Berufen Arbeit und Verdienstmöglichkeit zu verschaffen. Für weibliche kaufmännische und Bureauangestellte wurden unter Zuhilfenahme der produktiven Erwerbslostenföhrer Ausbildungskurse als Näherinnen und Strickerinnen abgehalten. Für männliche kaufmännische und Bureauangestellte wurde ein anderer Weg, der gute Erfolge zeitigte, beschritten. Die außerordentlich rasche Vermehrung des Kraftwagenverkehrs in Danzig hatte einen Mangel an Kraftwagenführern zur Folge. Während jüngere Kraftwagenführer für Personenzwagen fast ausreichend vorhanden waren, mangelte es an zuverlässigen älteren Kraftwagenführern, die über Verkehrspraxis verfügten. Nachdem der Senat aus der produktiven Erwerbslostenföhrer die erforderlichen Mittel bewilligt hatte, wurde im Laufe des letzten halben Jahres eine Reihe von kaufmännischen Angestellten, die über technische Vorkenntnisse verfügten, zu Kraftwagenführern umgebildet, legten nach beendeter Ausbildungszeit die Prüfungen als Last- und Personenkraftwagenführer ab und erhielten beide Führerscheine. Es gelang auch, sie sehr bald fast ausnahmslos in Einstellungen unterzubringen, da sie den Arbeitgebern die Gewähr der Zuverlässigkeit zu bieten schienen. Durch diese Umbildungsmaßnahme wurde einerseits der kaufmännische Arbeitsmarkt entlastet, andererseits die Nachfrage nach Kraftfahrern befriedigt. Sollte weiterer Bedarf bestehen, so würden die Ausbildungskurse fortgesetzt werden.

Änderung des Fischereigesetzes.

Einföhrung von Fischereischein.

Das bisher im Gebiete der Freien Stadt Danzig geltende Fischereigesetz vom 11. Mai 1916 soll nach dem Vorschlag des Senats eine Äönderung erfahren. Nach dem geltenden Recht sind Fischereischeine und Fischereierlaubnisscheine geföhrt und stempelfrei. Notwendig sind diese Scheine nur für die Binnenfischerei, nicht für die Seefischerei. Der Senat steht nun auf dem Standpunkte, daß es sich empfiehlt, auch für die Seefischerei die Pflicht des Fischereischeins einzuföhren, um den Danziger Fischern eine Legitimation für den deutschen und polnischen Fischereibereichen in die Hand zu geben. Die Fischereiverwaltung soll sich ebenfalls dafür anstrengen haben, da sich auf diesem Wege die Ausschließung von Reddieben und Raubfischern ermöglichen lassen.

Der Senat empfiehlt deshalb dem Volkstag zu beschließen:

Wer im Danziger Staatsgebiet oder vom Danziger Staatsgebiet aus oder innerhalb der Danziger Fischereigrenzlinie der Tüze den Fischfang ausübt, muß einen auf seinen Namen lautenden Fischereischein bei sich föhren. Ein Fischereischein ist nicht erforderlich zum Fischfang in Gewässern, die dem Fischereibereichen gehören und vollständig von den Grundstücken deselben begrenzt sind, sowie in künstlichen Fischteichen, die mit einem Wasserlaufe verbunden sind. Die Fischereiverwaltung hat sich mittelst künstlicher Vorrichtungen aus ihm geföhrt oder in ihm abelassen werden.

Zuständig für die Erteilung des Fischereischeines ist das Oberfischereiamt. Der Fischereischein wird auf 1 Kalenderjahr angesetzt und gilt für das ganze Staatsgebiet. Wird der Inhaber eines nach § 93 ausgestellten Fischereischeines plötzlich behindert, so kann der für den Ort der Fischereiausübung zuständige Gemeinde-(Stadt-)Vorsteher einen auf höchstens 2 Wochen lautenden Ausweis für den Vertreter anstellen. Die Anstellung des Ausweises hat er sofort dem Oberfischereiamt anzuzeigen. Dieses kann den Schein zurückziehen.

Bei Anstellung der Fischereischeine und Beglaubigung der Erlaubnisscheine wird eine Gebühr erhoben, welche 1 für Inländer je 2 G., 2 für Ausländer in der Regel je 15 G. beträgt.

Die Sozialhygiene Anstalt in der Salzgasse findet bei der Bevölkerung lebhaftes Interesse. Insbesondere wird der Abteilung „Geschlechtskrankheiten“ viel Aufmerksamkeit entgegengebracht. Es ist ja auch fast, aber alles was mit geschlechtlichen Dingen im Zusammenhang steht, in der Öffentlichkeit zu schweigen. Diese schmerzhaften Volksleiden kann nur bekämpft werden, wenn jeder weiß, wie er sich schützen kann, und was er zu tun hat, wenn er die ersten Anzeichen einer beginnenden Erkrankung an sich oder seinem Nächsten bemerkt, und diese Erkenntnis zu vermitteln ist die Aufgabe insbesondere dieser Abteilung der Anstalt, deren Besuch jedem dringend empfohlen werden kann. Da der Andrang erfahrungsgemäß in den letzten Anstaltungstagen außerordentlich stark ist, so sei geraten, den Besuch möglichst bald vorzunehmen.

Der Danziger Seeverkehr im Jahre 1924. Der Seeschiffahrtsverkehr im Danziger Hafen hat im Jahre 1924 über Friedensstand erreicht. Der Eingang betrug 312 Schiffe mit 1 684 870 Netto-Tonnage. Der Eingang der Schiffe verteilte sich auf die Nationen, wie folgt: Danzig 474, Polen 76, Deutschland 1550, Litauen 2, Letland 18, Estland 8, Russland 8, Finnland 2, Schweden 226, Dänemark 415, Norwegen 181, England 217, Holland 52, Belgien 1, Frankreich 59, Amerika 16, Japan 14. Im Jahre 1912 liefen in Danzig nur 202 Schiffe mit 970 658 Netto-Tonnage ein.

Mit einem Auto zusammengefahren. Wegen fahrlässiger Körperverletzung hatten sich vor dem Schöffengericht der Kraftwagenführer B. S. und der Eisenbahnarbeiter A. P. in Danzig zu verantworten. P. fuhr mit einem Handwagen von Schöffeldamm nach der Schöngasse und befand sich

an der Oberrealschule. Er fuhr vorschriftswidrig links und sein Wagen war nicht beleuchtet, obwohl es abends 9 Uhr bei dunklem schlechtem Wetter war. S. fuhr nach Schöffeldamm zu und rannte auf den Fordwagen, der zur Seite geschleudert wurde. Durch diesen Aufprall dem S. das Steuer aus der Hand und das Auto fuhr an einen Laternenmast, wobei es umfiel. Eine Frau im Auto erhielt dabei einen Beckenbruch. Das Auto fuhr nicht in übermäßigem Tempo. Der Autoführer war durch das Licht in der Schule geblendet, so daß er den dunklen Handwagen nicht sah. Das Gericht sprach S. frei, da er den Handwagen vor sich nicht sehen konnte. P. wurde zu 50 Gulden Geldstrafe verurteilt, weil er links gefahren war und den Handwagen nicht beleuchtet hatte.

Die berufliche Gliederung der Freistaat-Bevöherung.

Nach der Berufszählung vom 1. November 1923, deren Ergebnis in der letzten Nummer der „Statistischen Mitteilungen“ veröffentlicht wird, waren im Freistaatgebiet 868 730 Personen vorhanden, davon waren 151 814 erwerbsfähige einschließlich 40 879 weibliche Personen. In Landwirtschaft, Gärtnerei und Tierzucht, Forstwirtschaft und Fischerei waren 82 265 Erwerbstätige. Mit ihren Angehörigen ohne Hauptberuf und den im häuslichen Dienste Beschäftigten ergibt sich die Gesamtzahl von 66 701. Industrie, Handwerk und Baugewerbe beschäftigten insgesamt 49 775 Personen, darunter 9265 weibliche. Zusammen mit den Angehörigen ohne Hauptberuf und den im häuslichen Dienste Beschäftigten steigt die Zahl der Berufszugehörigen auf 112 652. Handel, Verkehr, einschließlich Gast- und Schankwirtschaft erreichen diese Zahlen nicht ganz. In diesen Berufsgruppen wurden 47 592 (einschließlich 14 040 weibliche) Personen beschäftigt. Hinzu kommen 2993 Personen für häusliche Dienste und 31 728 Angehörige ohne Hauptberuf, zusammen 102 318 Personen. Die Zahl der an Industrie, Handwerk und Baugewerbe interessierten Personen ist mithin größer, als die Zahl derjenigen, die im Handel und Verkehr ihren Unterhalt finden. In den drei genannten Berufsgruppen, Landwirtschaft, Industrie und Handel sind insgesamt 129 692 Personen mit 141 269 Angehörigen. Häusliche Dienste und Lohnarbeit wechselnder Art leisten 8104 Personen. Im öffentlichen Dienst und in freien Berufen stehen 12 608 Personen. Ohne Beruf und ohne Berufsangabe sind 20 988 Personen ermittelt worden.

In betrügerischer Absicht Geld geliehen.

Wer Geld leiht und es nicht zurückzahlt, kann auch wegen Betruges bestraft werden. Wenn er zum Zwecke des Erlangens des Darlehens Verpfändungen macht, von denen er weiß, daß er sie nicht erfüllen kann und wenn der Geber des Darlehens dieses nicht bewilligt haben würde, wenn er die Wahrheit erkannt hätte, so liegt Betrug vor. Der Kaufmann Billy Naaf in Oliva hatte sich vor dem Schöffengericht wegen solch eines Betruges zu verantworten. Er kam an einem Kaufmann und sagte: „Ich habe meine Briefkäse nicht bei mir und will nach dem Fischmarkt gehen. Vorgen Sie mir doch 50 Gulden. Ich schide sie sofort mit meiner Tochter zurück.“ Auf dieses Verpfänden hin ließ ihm der Kaufmann die 50 Gulden. Die Tochter brachte das Geld aber nicht zurück und der Kaufmann machte Anzeige. Erst nach einem Jahre, als das Strafverfahren eingeleitet war, gab der Angeklagte das Geld zurück, natürlich ohne Zinsen. Es stellte sich heraus, daß der Angeklagte bereits den Offenbarungseid geleistet hatte. Der Kaufmann erklärte, daß er das Geld nicht gegeben hätte, wenn ihm die Wahrheit bekannt gewesen wäre. Das Gericht erkannte auf 1 Monat Gefängnis wegen Betruges. Der Angeklagte habe genutzt oder wissen müssen, daß er die 50 Gulden nicht sofort zurückzahlen könne. Er habe diese Absicht auch nicht gehabt. Seine Absicht war, den Kaufmann um das Geld zu pressen.

Aus dem Ostauer Gemeindepament.

Die gestrige Sitzung war in einer halben Stunde erledigt. Das will etwas heißen, wenn man bedenkt, daß früher Sitzungen sich bis in die Nacht hinein ausdehnten. Man hatte eine kurze und weniger wichtige Tagesordnung zusammengestellt, gewissermaßen als Staffage für den nicht öffentlichen Teil, in welchem das Ergebnis der monatlichen Unternehmungen eines Untersuchungskomitees behandelt werden sollte. Die Gemeindevertretung von Oliva hatte sich nach dem großen Vorbild des Volkstages auch einen Untersuchungskomitee gewählt, und gegen diesen Vorbildern, ist anzunehmen, daß die Akten auch irgendwo vergraben werden, ohne der Mähererschaft (die ich ja so schuldig!) Bericht zu erstatten, daß alles in guter Ordnung ist. Oder ist vielleicht nicht alles in guter Ordnung, und meint man die Öffentlichkeit? Denn ein Antrag des Gen. Narowski, die Sache öffentlich zu behandeln, wurde von der Mehrheit abgelehnt. Wir wollen annehmen, daß die Gemeindepereiter sich noch auf ihre Pflicht der Allgemeinheit gegenüber bekennen. Denn, wenn man mit viel drum und dran eine Unternehmung einleitet, so ist wohl selbstverständlich, daß die Allgemeinheit auch das Ergebnis erfährt. Das ist man schon den daran Beteiligten schuldig, die sonst leicht in ein falsches Licht geraten könnten.

Es wurde ein Vertrag mit der Berufsvereinigung Danziger Aerzte genehmigt; ebenfalls genehmigt wurde die Gebührenordnung für die Benutzung des Gemeindepereiter-Wohnungsmittelwesens. Die Gebühr (bisher 10 Prozent bei allen Wohnungen) ist ermäßigt und beträgt jetzt für 3-Zimmerwohnungen 3 Prozent, für 4-Zimmerwohnungen 4 Prozent, für 5-Zimmerwohnungen 5 Prozent usw. Ein- und Zweizimmerwohnungen sind gebührenfrei.

Einkünfte wurde eine Beihilfe von 1500 Gulden für Heranzugabe eines Adressbuches bewilligt und somit einem dringenden Bedürfnisse Rechnung getragen.

Eine längere Ansprache brachte der Antrag um Bewilligung von 2000 Gulden für die Danziger Verkehrszentrale. Dabei ergab sich, daß auch die Salzenstrasse, die sonst nicht genug auf die Ausländer aus dem Osten klingen, die für Oliva als Sommergäste fast ausschließlich nur in Frage kommen, plötzlich Wert auf ihren geschätzten Platz legen. Der Gen. Vertr. Kolabuc (E. N.) brachte seine vierstündige professionelle Studierstubezeitung hinzu zum Ausdruck, daß, wenn sich der Wohlstand der „an-

deren“ hebt auch der „Wohlstand“ der Arbeiter wächst. Das Geld komme somit auch der Arbeiterschaft zugute. Gemäß ist eine Verkehrszentrale für eine Großstadt ein gutes Unternehmen, das man nach Möglichkeit unterstützen sollte, aber dem Herrn Professor ist aus seiner Welt anscheinend nicht bekannt, daß leider nicht mit dem Wohlstand der anderen auch der „Wohlstand“ der Arbeiter wächst, sondern daß die Arbeiterschaft bittere Kämpfe ausfechten muß, um ihr so mühevolltes Dasein etwas zu verbessern. Es wurden schließlich 1000 Gulden bewilligt. Der Einwand der Zinsen, daß man bei der letzten Gläubigerberatung um einige Gulden für Vermittel für die Volksschule stundenlang debattierte, war nur zu berechtigt. Die Gemeindevertretung sollte ihre Großzügigkeit auch bei anderen Gelegenheiten besser beweisen.

Danzigs Holzansuhr im Jahre 1924. Nach den neuesten statistischen Feststellungen umfaßte die gesamte Holzansuhr Danzigs im Jahre 1924 1 043 287,4 Tonnen im Werte von insgesamt 189 625 361 Danziger Gulden. Demgegenüber war die Einfuhr von Holz nach dem Gebiet der Freien Stadt Danzig recht gering, sie betrug 14 799,4 Tonnen im Werte von 8 086 714 Danziger Gulden.

Amerikanische Löhne. Das amerikanische Arbeitsministerium hat kürzlich statistisches Material über die Entwicklung der Löhne in der Baumwollindustrie der Vereinigten Staaten herausgegeben. Danach waren die Löhne im vergangenen Jahre um 23 Prozent niedriger als im Jahre 1920, wenn auch noch um 13 Prozent höher als 1922. Sie standen aber noch um 151 Prozent über den Löhnen des Jahres 1913. In den einzelnen Branchen des Gewerbes bewegten sich die Löhne für männliche Arbeiter im Jahre 1924 zwischen 10,56 und 36,63 Dollar und für weibliche Arbeiter zwischen 14,12 und 23,25 Dollar. Die Arbeitszeit wurde seit 1913 um durchschnittlich 8 Prozent reduziert.

Danziger Standesamt vom 6. Mai.

Todesfälle: Invalide Johann Krainik, 84 J. 6 M. — Tochter des Schlossers Albert Rabich, 2 J. — Senatsangehörter Ernst Strehlau, 25 J. 2 M. — Schlosser Alfons Strohdecker, 24 J. 10 M. — Ehefrau Luise Schüb gen. Schindl, 49 J. 8 M. — Pfarramtskandidat Billy Gathheiser, 28 J. 1 M. — Unheilig 1 Sohn.

Versammlungs-Anzeiger

Angaben für den Versammlungskalender werden nur bis 9 Uhr Morgens in der Geschäftsstelle im Spandhaus 4, gegen Vorzahlung entgegen genommen. Zeitungsverk. 15 Gulden per Seite.

SPD. 8. Bezirk (Niederstadt). Donnerstag, den 7. Mai, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula Almodenastraße, Bezirksmitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Das Arbeitslosenversicherungsgesetz. Redner Gen. Berner. 2. Bericht vom Parteitag. 3. Bezirksangelegenheiten.

SPD. 4. Bezirk (Schidlich). Donnerstag, den 7. Mai, abends 6 1/2 Uhr, bei Steppuhn, Bezirksmitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag. 2. Abrechnung vom 1. Quartal. 3. Bezirksangelegenheiten.

SPD. Ortsverein Danzig-Stadt. Die Kassierer haben bis spätestens Freitag, den 8. Mai, über die Karten von der Maifeier im Bureau abzurechnen.

SPD. Ortsvorstand Danzig. Freitag, den 8. Mai, abends 7 Uhr, im Parteibureau Sitzung.

Sportverein Rürerwiesen. Am Freitag, den 8. Mai, abends 7 Uhr, Monatsversammlung.

Arbeiter-Studenten-Bund (Ortsgruppe Danzig). Freitag, den 8. Mai, abends 7 1/2 Uhr, in der Handels- und Gewerbeschule, an der großen Mühle, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag. 2. Abrechnung vom 1. Quartal. 3. Bezirksangelegenheiten.

Arbeiter-Radsport-Bund „Doran“. Ortsgruppe Oliva. Freitag, den 8. Mai, abends 6 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung in der Sporthalle, Winterde. (Anschließend Saal-fahren.) Tagesordnung: wird demnächst bekannt gegeben. Erscheinen unbedingt erforderlich. Der Vorstand. (3062)

J. S. B. Wald u. Heizer. Versammlung am Sonnabend, den 9. Mai, abends 7 Uhr, bei Reichmann, Fischmarkt 6. Urabstimmung über Äönderung des Statuts. Verbändsbücher mitbringen. Es ist Pflicht sämtlicher Kollegen zu erscheinen. (3068)

SPD. Ortsverein Rahlbude. Am Sonnabend, den 9. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Grabowski-Rahlbude: Mitgliederversammlung. Unbedingtes Erscheinen aller Parteigenossen erforderlich. Mitgliedsbücher mitbringen.

Arbeiter-Turn- und Sport-Bund. Am Sonnabend, den 9. Mai, abends 7 Uhr, im Stadtturm sehr wichtige Spielausschreibung. Jeder Verein hat einen Delegierten zu entsenden. (3068)

Freie Turnerschaft Danzig. Mitglieder, die an der Olympiade teilnehmen wollen, müssen sich bis spätestens Sonntag, den 11. Mai, bei Gen. Sellin melden, der nähere Auskunft erteilt. (3069)

Arbeitsgemeinschaft freizeithilflicher Verbände. Rechten-Sorträge mit Lichtbildern in der Aula der Petruschule, abends 7 Uhr, am Dienstag, den 12. Mai: Mutterliebe und Mutterliebe: Donnerstag, den 14. Mai: „Indien“ und der große Film „Eine Feuerbeziehung“. (3071)

Amstliche Börsen-Notierungen.

Danzig, 6. 5. 25

1 Reichsmark 1,23 Danziger Gulden
1 Rloty 0,99 Danziger Gulden
1 Dollar 5,26 Danziger Gulden
Scheck London 25,19 Danziger Gulden
Berlin, 6. 5. 25

1 Dollar 4,2 Billionen, 1 Pfund 20,3 Billionen Mk.
Danziger Produktionsliste vom 6. Mai. (Richtmaßlich) Weizen 128—130 Hk. 18,75—19,25 G., 125—127 Hk. 17,75 bis 18,50 G., Roggen 17,25 G., Gerste feine 15,25—15,75, geringe 14,30—15,00 G., Hafer 14,75—15,00 G., kleine Erbsen 12,5 bis 12,75 G., Bistortaerbsen 14,00—17,00 G. (Großhandelspreise pro 50 Kilogramm waggonfrei Danzig.)

Verantwortlich: für Inhalt G. n. d. E. v. o. d. für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Franz Adomat, für literarische Anton Kooßen sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von A. Wedl & Co. Danzig.

MAGGI'S Würze

hilft in der Küche sparen.

Dünne Suppen und Fleischbrühe, Gemüse und Soßen erhalten sofort kräftigen Wohlgeschmack durch Zusatz einiger Tropfen Maggi's Würze.

Besteinstufigster Bezug in großen Originalpackungen



Uhren

Fugenhose Trauringe, Arbeitsuhr von 9,50, Reparaturen.

Lenz,

Schmiedegasse 18.
Tel. 6370.

